

PROTOKOLL

über die 5., ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am Donnerstag,
dem 28. März 1974, im Rathaus, I. Stock hinten, Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 15. 00 Uhr

Öffentliche Sitzung

32. Sitzung

Anwesend:

VORSITZENDER:

Bürgermeister-Stellvertreter
Franz Weiss

BÜRGERMEISTER-STELLVERTR.:

Leopold Petermair

STADTRÄTE:

Alois Besendorfer
Konrad Kinzelhofer
Heinrich Schwarz
Manfred Wallner
Leopold Wippersberger

GEMEINDERÄTE:

Alfred Baumann
Johann Brunmair
Maria Derflinger
Franz Enöckl
Ing. Wolfgang Fahrnberger
Karl Fritsch
Ernst Fuchs
Karl Holub
Anna Kaltenbrunner
Walter Kienesberger
Johann Knogler

Walter Köhler

Rudolf Luksch

Johann Manetsgruber

Erich Mayrhofer

Josef Radler

Friedrich Reisner

Erich Sablik

Hubert Saiber

Prof. Dr. Konrad Schneider

Johann Schodermayr

Herbert Schwarz

Dr. Alois Stellnberger

Otto Tremml

VOM AMT:

Magistratsdirektor Obersenatsrat

Dr. Johann Eder

Magistratsdirektor - Stellvertreter

Senatsrat Dr. Helmut Schreibmüller

Direktor der Städt. Unternehmungen

Oberamtsrat Robert Schlederer

PROTOKOLLFÜHRER:

Amtsrat Walter Radmoser

VB Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

- 1) Präs-46/74 Beantwortung der Anfrage der Freiheitlichen Fraktion im Gemeinderat vom 5. Februar 1974.
- 2) Präs-47/74 Beantwortung der Anfrage der Freiheitlichen Fraktion im Gemeinderat vom 5. Februar 1974.
- 3) FW-411/74 Gebührenordnung für die Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr; Gebührenregulierung.
- 4) Präs-307/73 Einführung einer Facharbeiterzulage.
- 5) Ha-2700/73 Erneuerung des Gemeinderatsbeschlusses betreffend die Gewährung einer außerordentlichen Subvention an den Sportklub ASV Bewegung, Steyr.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

- 6) Ges-115/73 Straßenbezeichnung auf der Ennsleite im Bereiche Arbeiterstraße - Kopernikusstraße.
- 7) Bau2-1575/73 Änderung des Stadtregulierungsplanes sowie der Teilbebauungspläne "Schradergründe" und "Hundsgraben".

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

- 8) Buch-6000/73 Deckung des außerordentlichen Haushaltes 1973 und Entnahmen aus Rücklagen.
- 9) ÖAG-4721/71 Hotelneubau in Steyr;
ÖAG-4182/73 Begründung eines Baurechtsvertrages.
- 10) ÖAG-5919/73 Ankauf der Liegenschaft Steyr, Sierninger Str. 97a.
- 11) ÖAG-3295/73 Ankauf der Liegenschaft Steyr, Sierninger Str. 86.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

- 12) Zl. 3669/50 Schwangerenberatung; Änderung des Regulativs über
San-160/74 die Ausgabe von Säuglingswäschepaketen.
- 13) GHJ2-3861/73 Umstellung der Gasgeräte im Zentralaltersheim auf Erdgasbetrieb.
- 14) GHJ2-3861/73 Änderung des Gemeinderatsbeschlusses, betreffend die Umstellung der Ölfeuerung im Zentralaltersheim auf Erdgasbetrieb.
- 15) Bau6-6041/70 Restabwicklung des Bauvorhabens "Kanalisation Gleink, Gruppen I bis V".

- | | |
|------------------|---|
| 16) Bau6-3065/65 | Sammler F, 4. Bauabschnitt; Mittelfreigabe. |
| 17) Bau6-6900/54 | Sammler A, 3. Bauabschnitt; Restabwicklung. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

- | | |
|-----------------------------------|--|
| 18) ÖAG-1668/73
Städt. Untern. | Organisationsstatut für die Städtischen Unternehmungen. |
| 19) ÖAG-1446/64
Städt. Untern. | Plakatierung und Verkehrsmittelwerbung in Steyr. |
| 20) ÖAG-4858/68
Gaswerk | Umstellung auf Erdgas; Aufnahme eines weiteren Darlehens. |
| 21) ÖAG-3357/71
Wasserwerk | Ergänzung des Stadtsenatsbeschlusses, betreffend die Trinkwasserversorgung für den Ortskern Christkindl. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT HEINRICH SCHWARZ:

- | | |
|------------------|--|
| 22) Bau5-4778/69 | 2. Zubau zur Schule Ennsleite; Mittelfreigabe. |
| 23) Bau5-4021/72 | Kinderspielplatz Stadtbad; Mittelfreigabe. |
| 24) Bau3-2271/72 | Abbruch Schraderhof; Kostenanteil der Stadtgemeinde Steyr. |
| 25) Bau3-5687/72 | Restabwicklung des Ausbaues der Aufschließungsstraße der Industrieegründe entlang der Haager Straße. |
| 26) Präs-77/74 | Antrag der ÖVP- und FPÖ-Fraktion im Gemeinderat betreffend Erhöhung der Förderungsmittel für die gewerbliche Wirtschaft. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

- | | |
|----------------------------------|--|
| 27) Bau5-2057/68 | Genehmigung der Endabrechnung des Hallenbades und der Sauna. |
| 28) Bau3-2271/72 | Fortführung des Projektes "Umfahrung Hundsgaben, innerstädtischer Verkehrsring". |
| 29) Bau3-2271/72 | Fortführung des Kanalbaues innerstädtischer Verkehrsring. |
| 30) Bau3-2271/72 | Fortführung des Kanalbaues in der Zieglergasse. |
| 31) Bau3-1666/73 | Umfahrung Seifentruhe; Mittelfreigabe. |
| 32) Bau6-3072/72 | Restabwicklung des Kanalbaues Seifentruhe; 2. Bauabschnitt. |
| 33) Bau3-1739/72
Bau4- 346/73 | Restabwicklung des Ausbaues Wiesenberg. |
| 34) Bau3-4350/72 | Errichtung von Stützmauern im Zuge des Ausbaues der Aschacher Straße. |

- 35) Bau2-2663/67 Aufschließung Ederhof, 2. Bauabschnitt.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 36) Bau3-2299/54 Ergänzung der Gemeinderatsbeschlüsse betreffend die Ausbildung des rechten Brückenkopfes der Schönaauerbrücke.
- 37) Bau4-6106/73 Demontage der Neutorbrücke.
- 38) ÖAG-1291/74
Müllabfuhr Neufestsetzung der Müllabfuhr nach Straßen und der Müllabfuhrzeiträume.
- 39) Bau3-5512/72 Ergänzung der Gemeinderatsbeschlüsse betreffend das Asphaltierungsprogramm 1973.
- 40) Bau5-5796/73 Ergänzung der Gemeinderatsbeschlüsse betreffend Umbauarbeiten im städtischen Wirtschaftshof im Zusammenhang mit dem Einbau von WC- und Brauseanlagen.
- 41) Bau3-1142/74 Durchführung von laufenden Straßenerhaltungsarbeiten in Gleink, Stein und Winkling.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich begrüße Sie zur heutigen Sitzung. Ich stelle fest, daß der Gemeinderat beschlußfähig anwesend ist, obwohl einige Gemeinderäte sich entschuldigen ließen.

Zunächst darf ich einmal erwähnen die bekannte Erkrankung des Bürgermeisters, der am vergangenen Donnerstag, heute vor einer Woche, das Spital verlassen hat und bereits auf dem Wege der Wiedergesundung ist. Darüber hinaus hat leider Gottes auch unser Kollege Stadtrat Fürst eine Herzattacke erlitten und befindet sich gegenwärtig noch im Spital. Den Prognosen nach dürfte es sich nicht um einen Herzinfarkt handeln, um hier Gerüchten vorzubeugen. Jedenfalls wird er für einige Zeit von unserer Arbeit ferngehalten sein. Wir werden die Arbeit, die ihn sonst bei seinen Referaten betrifft, auf andere Kollegen umlegen. Ich darf weiterhin entschuldigen die Gemeinderäte Frau Bundesrat Liebl, die sich auf Kur befindet, Gemeinderat Feuerhuber und Gemeinderat Zöchling. Weitere Entschuldigte sind mir nicht bekannt. Vielleicht kommt der eine oder andere noch etwas verspätet zur Sitzung. Die Beschlußfähigkeit ist jedenfalls gegeben.

Ich darf gleich am Beginn der Sitzung zwei Protokollprüfer für die heutige Sitzung zum Vorschlag bringen. Es wären das Gemeinderat Erich Mayrhofer und Gemeinderat Johann Knogler. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen und sehe, daß das bereits geschehen ist.

Damit können wir in die Tagesordnung eingehen und ich darf Kollegen Petermair bitten, den Vorsitz während meiner Berichterstattung zu übernehmen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Kollegen Weiss, mit seinen Referaten bzw. Anträgen an den Gemeinderat zu beginnen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren!

Zunächst muß ich gemäß Tagesordnung 2 Anfragen beantworten, die von der Freiheitlichen Fraktion am 5. 2. eingebracht wurden. Ich darf hinzufügen, daß ein Antrag in eine Beantwortung umgewandelt wurde, nachdem für diesen Antrag nicht die erforderliche Unterschriftenanzahl beigebracht werden konnte. Es betrifft das die Arbeiten der ARGE für Regional- und Gemeindeplanung in Wien, Dr. Offterdinger. Ich darf hiezu folgendes ausführen:

1) PräS-46/74

Beantwortung der Anfrage der Freiheitlichen Fraktion im Gemeinderat vom 5. Februar 1974.

Die Arbeiten der ARGE für Regional- und Gemeindeplanung Wien, Dr. Offterdinger, werden bereits im vollen Umfang durchgeführt. Die letzte Information darüber erfolgte am Donnerstag, dem 21. 3. 1974. Auf Grund der vorgelegten Unterlagen kann festgestellt werden, daß hier wirklich eine umfassende Untersuchung über Steyr und sein bevölkerungsmäßiges und wirtschaftliches Einzugsgebiet durchgeführt wird. Der Umfang der Untersuchung erstreckt sich im Norden bis St. Valentin, im Osten bis Haag und im Süden und Westen auf die umliegenden Nachbargemeinden und darüber hinaus. Die Fertigstellung der Bestandsaufnahme ist bis Ende April 1974, die Erstellung der alter-

nativen Planungsvorschläge bis Ende Juni 1974 vorgeschrieben.

Es ist selbstverständlich, daß der Gemeinderat eingehend über das Ergebnis dieser Arbeiten, die die Grundlage für ein Raumordnungskonzept für Steyr und seine umliegenden Gemeinden sein werden, informiert wird. Es darf nicht übersehen werden, daß der Auftraggeber für die beschriebenen Untersuchungen das Land Oberösterreich ist.

Ich darf Sie um die Kenntnisnahme bitten.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Ich bitte den Gemeinderat, diese Beantwortung zur Kenntnis zu nehmen. Eine Diskussion darüber ist nach § 15 der Geschäftsordnung nicht zulässig.

Ich bitte um die zweite Beantwortung.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Eine weitere Beantwortung, betreffend die Anfrage der Freiheitlichen Fraktion, ebenfalls vom 5. 2. über den Hotelbau in Steyr.

2) Präs-47/74

Beantwortung der Anfrage der Freiheitlichen Fraktion im Gemeinderat vom 5. Februar 1974.

Die Freiheitliche Fraktion im Gemeinderat hat am 5. 2. 1974 die Anfrage gestellt, den Gemeinderat über den Stand der Verhandlungen bezüglich des geplanten Hotelbaues in Steyr zu informieren.

Mit Beschluß des Stadtsenates vom 28. Februar 1974 wurde die Magistratsdirektion ermächtigt, einen Baurechtsvertrag über die Errichtung eines Hotelbaues in Steyr mit der Holiday Inn-Gesellschaft abzuschließen. Dieser Beschluß wurde mit Dringlichkeitsklausel versehen, sodaß unverzüglich die weiteren Verhandlungen

geführt werden konnten. Die Endredigierung des immerhin auf 80 Jahre laufenden Vertrages erfolgte am Freitag, dem 22. März 1974, sodaß der Vertragsabschluß nur mehr eine Frage der schriftlichen Ausfertigung ist. Alle noch strittigen Einzelheiten konnten einvernehmlich geklärt werden. Die statutenmäßige nachträgliche Genehmigung durch den Gemeinderat erfolgt in der heutigen Sitzung.

Der Schlafwagengesellschaft wurde auf Grund des bereits zitierten Stadtsenatsbeschlusses vom 28. 2. 1974 mitgeteilt, daß ihr Angebot nicht berücksichtigt werden konnte. Bezüglich des Interesses der Infrabaugesellschaft kann nur mitgeteilt werden, daß diese sich einmal in einer mündlichen Vorsprache allgemeiner Art über die Bedingungen des Hotelbaues informierte. Eine konkrete Verhandlung hat außer dieser einen Vorsprache nicht stattgefunden. Ein Wiener Architektenbüro hat ebenfalls einmal schriftlich um Unterlagen über den geplanten Hotelbau gebeten. Diese wurden in allgemeiner Form zur Verfügung gestellt; aber auch hier erfolgten seit Monaten keine weiteren Schritte.

Weitere Hotelbauinteressenten auf den sogenannten Felbingergründen sind dem Magistrate nicht bekannt.

Die Anfrage dürfte demnach erschöpfend beantwortet sein.

Es wird auch hier um Kenntnisnahme ersucht.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Ich bitte den Gemeinderat, diese Anfragebeantwortung ebenfalls zur Kenntnis zu nehmen. Auch hier erübrigt sich eine Debatte nach § 15 der Geschäftsordnung. Ich bitte um den Vortrag der weiteren Anträge.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Der nächste Antrag betrifft die

Gebührenordnung für die Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr. Dazu ist wieder einmal eine Anpassung erforderlich. Es wurden hier die Vorschläge der Feuerwehrkommandatur berücksichtigt und ich darf Ihnen den Antrag, den der Stadtsenat an den Gemeinderat stellt, zur Kenntnis bringen:

3) FW-411/74

Gebührenordnung für die Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr; Gebührenregulierung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Über Antrag des Kommandos der Freiwilligen Stadtfeuerwehr Steyr werden mit Wirkung vom 1. März 1974 folgende im § 3, lit. D der Gebührenordnung für die Dienst- und Sachleistungen (Sonderleistungen) der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr, Gemeinderatsbeschluss vom 5. 12. 1969, FW-5728/69, festgelegten Gebühren neu bestimmt:

Mannschaftsgebühr:

Pro Mann und Stunde

von 6.00 bis 20.00 Uhr S 50,--,
von 20.00 bis 6.00 Uhr S 70,--.

Zuschlag zur Mannschaftsgebühr (Zehrgeld):

1. Bei einer Einsatzdauer von mehr als 4 Stunden je Mann S 50,--,
2. Bei Einsätzen, die über 8 Stunden hinausgehen, pro weitere angefangene 4 Stunden je Mann S 50,--.

Ebenfalls ab 1. März 1974 wird § 3, lit. E, der oben zitierten Gebührenordnung durch einen neuen Absatz wie folgt ergänzt:

"Gebühr für das Verleihen der Gelenkbühne S 500,-- pro Stunde."

Ich bitte um Genehmigung.

Zum letzten Satz darf ich erklärend sagen, daß das die Leihgebühr für die Benützung der Gelenkbühne ist.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Eine Wortmeldung zu diesem Antrag? Keine. Wenn sich keine Gegenstimme und keine Stimmenthaltung erheben, darf ich annehmen, daß der Antrag einstimmig zur Kenntnis genommen worden ist.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich darf Ihnen weiter einen Antrag des Stadtsenates zur Kenntnis bringen und um Beschlußfassung bitten. Er betrifft die Einführung einer Facharbeiterzulage und lautet:

4) Präs-307/73

Einführung einer Facharbeiterzulage.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Ab 1. 1. 1974 wird den nachstehend genannten Bedienstetengruppen folgende Nebengebühr gewährt:

A) Facharbeiterzulage:

- 1) S 400,- p. M. an alle Bediensteten der Verw. Gr. P 1 und Entl. Gr. p 1;
- 2) S 300,- p. M. an die Bediensteten der Verw. Gr. P 2 und Entl. Gr. p 2, ausgenommen die Omnibuslenker;
- 3) S 200,- p. M. an alle Bediensteten der Verw. Gr. P 3 und Entl. Gr. p 3..

B) Omnibuslenkerzulage:

S 200,- p. M. an die als Omnibuslenker eingesetzten Bediensteten der Entl. Gr. p 2.

Gemäß § 44, Abs. 5, des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie, auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Erhebt sich hiezu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wenn

sich keine Gegenstimme oder Stimmenthaltung erhebt, nehme ich an, daß der Gemeinderat einstimmig diesem Antrag die Zustimmung gibt.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Sie wissen, daß wir im Vorjahr dem Verein ASV Bewegung zum Ausbau der Sportstätte auf der Ennsleite einen Betrag bewilligt haben, der nicht ausgeschöpft werden konnte. Es bedarf nun einer Erneuerung des Beschlusses für den noch offenen Betrag. Ich darf Ihnen daher den Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat zur Kenntnis bringen.

5) Ha-2700/73

Erneuerung des GR-Beschlusses betreffend die Gewährung einer außerordentlichen Subvention an den Sportklub ASV Bewegung, Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der noch nicht verbrauchte Restbetrag, der mit Beschluß des Gemeinderates vom 19. Juni 1973 dem ASV-Bewegung gewährten Subvention in Höhe von S 486.231,- wird aus Mitteln des Haushaltsjahres 1974 neuerlich bewilligt, wobei der Betrag von S 300.000,- bei der VP 55-92 aoH freigegeben wird und der Restbetrag von S 186.231,- als überplanmäßige Ausgabe bei derselben Voranschlagspost bewilligt wird. In diesem Fall hat die Deckung durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Die Auszahlung der Subvention hat in der üblichen Art gegen Vorlage von Originalrechnungen zu erfolgen.

Ich bitte hier um den Beschluß.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Eine Anfrage? Herr Kollege Fuchs bitte!

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Gestatten Sie mir, daß ich zum vorliegenden Gegenstand einige Bemerkungen deponiere. Trotz einer zu erwartenden Subvention des Landes Oberösterreich, wie es im Amtsbericht heißt, für den ASV Bewegung, einem ehemaligen - wie Sie ja wissen - Ligaclub, nun abgestiegen, bestehen Bestrebungen seitens der Klubleitung, und zwar Bestrebungen, die, wenn man Amtsberichten folgt, ständig erfolgen, unentwegt und weiterhin Subventionsforderungen an die Stadtgemeinde zu stellen. Der Klub ASV Bewegung scheint hier durch anwesende Personen teilweise repräsentiert zu sein und ich kann mir vorstellen, daß man damit manches bewerkstelligen kann, wie es eben die Vergangenheit bewiesen hat. Aber soviel, wie man diesem Klub bereits spendiert hat, ist einfach für uns zumindest unglaublich. Einem Klub, der 11 Personen in der Kampfmannschaft, 11 Reservisten und einige Jugendliche hat, der hier fußballerisches Können zeigt und weiters pro Spiel zwischen 10 und 80 Zuseher anlockt, dem scheint man alles geben zu wollen. Ich darf betonen, mit diesen Hunderttausenden - wenn man die Vergangenheit betrachtet mit diesen Millionen - hätte bereits der Rohbau des sogenannten "Kinzelhofer-Stadions" an der Rennbahn bewerkstellt werden können.

Gelächter!

Wir fragen uns, mit welchem Recht baut man gerade diesem Klub alles hin, selbst bis zur Kabine und behandelt andere Vereine, Institutionen, Jugendbewegungen so unterschiedlich? Wo bleiben die Eigenleistungen, die man z. B. von Vereinsmitgliedern des Turnvereines fordert und verlangt oder selbstverständlich hinnimmt? Ich darf auch andere Beispiele anführen. Zum Beispiel erfuhr ich von großen Leistungen der Pfadfinderjugend - Sie brauchen mir nicht unterstellen, daß uns die besonders nahe stehen. Ich war selbst eingeladener

Zeuge einer Raimundtheateraufführung, die diese Jugendlichen, 10- bis 18-jährig, wirklich toll inszeniert haben und hier sämtliche für die Theateraufführung benötigten Dinge, wie Kulissen und sonstige Utensilien mühevoll zusammentrugen und selbst finanzierten. Auf ein Subventionsansuchen dieser Pfadfinderbewegung, das mir damals abschriftlich bei diesem Anlaß, bei dieser Theateraufführung, übergeben wurde und das ich weiter deponierte, wurde mir von Amts wegen gesagt, da geht nichts, die bekommen ohnehin S 5.000,- jährlich als Gesamtverein und ich glaube, das ist doch etwas bezeichnend, um höflich zu argumentieren oder zu formulieren. Wenn aber irgend eine Sektion, ich darf auch hier Namen nennen, auch das geht aus Unterlagen hervor, zum Beispiel der ATSV, um irgendwelche Motivsubventionen ansucht und sei es nur - auch das hat es gegeben - für verlorengegangene Bälle, so gewährt man scheinbar alles. Aber einer Jugendbewegung in Steyr, die stadtteilweise in Gruppen, ich glaube, 1, 2, 3 sind die aufgeteilt, unabhängig voneinander Jugendarbeit leistet, die bekommen als Gesamtsumme nicht einmal 1,5 % jenes Betrages, der heute, sicherlich nachträglich, einem wesentlich mitgliederschwächeren Verein übergeben werden soll. Ich finde diese Angelegenheit - gestatten Sie mir den Ausdruck - als Beispiel von Ungerechtigkeit und ersuche, künftighin sich doch mit der Ausarbeitung von Richtlinien einer Subventionsordnung zu befassen, um rücksichtsvoller bei der Geschenkeverteilung ans Werk zu gehen. Außerdem, wo bleibt der Versuch der sogenannten Konzentration der Kräfte, um zu einer, über die Mittelmäßigkeit hinausreichenden repräsentativen Sportstätte - ich komme wiederum, vorhin hat es deswegen Gelächter gegeben, auf Kinzelhoferstadion oder Stadion der Rennbahn - zu kommen?

ZWISCHENRUF STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Sparen Sie sich solche Worte, Herr Gemeinderat!

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Die ganze sportinteressierte Jugend wäre daran interessiert und im Hinblick auf die Tausendjahrfeier der Stadt im besonderen. Wir glauben, daß mit Verzettlungsfinanzierungen wir dem Ziel, dem größeren Ziel, hier nicht besonders dienen können, wenn es auf diese Art weitergeht und wenn wir dadurch eine Vergrößerung der Verschuldung der Stadt erreichen. Wir müssen demnach dieses Begehren aus prinzipiellen Gründen und nicht deswegen, weil der Verein ASV Bewegung heißt, ablehnen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Danke. Noch eine Wortmeldung? Herr Kollege Kinzelhofer!

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER: Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich muß doch einige Worte dazu sagen. Der Platz, der jetzt auf Grund des Berichtes genannt wird, ASV-Bewegung, ist der Platz der Ennsleite, ein Sportplatz auf der Ennsleite. Man hat zur Vervollständigung und mit Eigenleistungen der Bewegung einen Betrag seinerzeit bewilligt, um die Fertigstellung des Platzes zu gewährleisten. Dadurch ist heute - das wurde in der Berichterstattung erwähnt - die Wiederholung des Beschlusses vom vorigen Jahr zu bestätigen. Aber die Zuwendung ist für den Sportplatz Ennsleite. Daß jetzt die Bewegung dort spielt, ist auf Grund der sportlichen Tätigkeit des Vereines gegeben.

Ich glaube, daß man, wenn man einen Weg geht, Sportstätten zu bauen und der Sportplatz Ennsleite ist eine Stufe des Ausbaues einer Sportstätte,

so soll man das so sehen und nicht versuchen, andere Fragen hereinzubringen. Sie können jederzeit im Gemeinderat für Ihre Vereine einen Antrag stellen und man wird sich darüber unterhalten. So wie jeder Sport- und jeder andere Dachverband. Ich möchte Sie ersuchen, daß Sie die Ausdrücke "Kinzelhoferstadion" vermeiden, denn ich könnte auch sagen, da wird irgendwo ein "Fuchsbau" ...

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT
ERNST FUCHS:

Deshalb bin ich nicht angerührt!

Gelächter!

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Man soll ernst bleiben. Wenn wir etwas gemeinsam machen, so ist das Sache des Gemeinderates. Zu diesem Ennsleitensportplatz möchte ich sagen, daß wir interessiert sind daran, den Sportplatz Ennsleite fertig zu bringen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER
LEOPOLD PETERMAIR:

Danke. Weitere Wortmeldungen?
Herr Kollege Treml!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Erlauben Sie auch mir einige Bemerkungen zu diesem Arbeiterverein auf der Ennsleite und nicht wegen des Sportplatzes auf der Ennsleite. Jeder der hier anwesenden Gemeinderätinnen und Gemeinderäte wissen, daß die Ennsleite nur über einen Sportplatz verfügt, der eigentlich der Sportplatz der Schule war. Um hier die Möglichkeit zu geben, daß der Platz wirklich nur den Kindern, den Schülern zur Verfügung steht, wurde von der Gemeinde dieser Beschluß gefaßt, daß auf der Ennsleite ein Sportplatz errichtet wird. Der Träger dieses Platzes ist eben der Verein Bewe-

gung und ich glaube, daß man hier erwähnen soll und das habe ich besonders in den letzten Tagen, weil Frühjahr geworden ist, gesehen, daß viele Eigenleistungen erbracht wurden. Nichts gegen die Kampfspieler an und für sich, aber die hier selbst Hand anlegen und dort arbeiten und freiwillig Arbeitsleistungen - es handelt sich vorwiegend um Arbeiter der Steyr-Werke - Samstag und Sonntag bringen. Ich glaube, das soll hier erwähnt werden. Daß es natürlich vom Mund des Gemeinderates Fuchs kommt, der nicht sehr arbeiterfreundlich offenbar zu sein scheint, daß er gegen diesen Verein auftritt.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT
ERNST FUCHS:

Das ist eine Unterstellung?

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wir haben schon bei anderen Gelegenheiten, z. B. bei den Sozialleistungen der Gemeindebediensteten usw. diese Haltung der Partei gesehen. Ich möchte das hier ganz entschieden zurückweisen. Ich möchte auch erinnern, daß man von Seiten der Mehrheit dieses Hauses gar nicht so kleinlich war in der Vergangenheit und - vielleicht wissen Sie das nicht, da Sie die Unterlagen von den Vorgängern nicht erhalten haben - z. B. eine außerordentliche Subvention von S 100.000,- nur für die Heizung der Turnhalle des Allgemeinen Turnvereines zusätzlich zu diesen Subventionen, die gegeben werden, gewährt wurde. Ich glaube, das muß man der Ordnung halber hier feststellen. Wir als Kommunisten sind natürlich dafür, daß endlich die Ennsleite eine Sportbetätigung auf ihrem Platz erhält. Ich möchte einen Vergleich anziehen, es gibt auch andere Stadtteile, z. B. Tabor. Es befinden sich die beiden Sportanlagen zwar etwas weiter weg vom Siedlungsgebiet, aber wir bauen schon in diese Richtung nach

Stein hinunter, wo eben Union und ASKÖ Sportplätze haben, die auch mehr oder weniger von der Stadt sehr reichlich subventioniert wurden, zum Wohle der Sporttreibenden dieses Wohnungsgebietes. Ich glaube, daß auch die Ennsleite in dieser Richtung das Recht hat. Ich bin z. B. persönlich nicht dafür, daß man die Sportvereine unbedingt durch einen so hohen - ich weiß nicht, ist er 8 oder 10 m - Zaun trennt. Denn wenn der Ball wegfällt, ich glaube, solche Gehässigkeiten - soviel ich dort informiert bin - gibt es gar nicht zwischen Enöckl und Kollegen Knogler, daß unbedingt von Seiten der Gemeinde Mittel zur Verfügung gestellt werden, um einen solchen Zaun zu errichten zwischen den Sportstätten. Hier hätte man vielleicht diesen Zaun weglassen können, weil doch die Sportler sich anschließend im Haus der Begegnung wieder zusammenfinden. Nun erlauben Sie mir, auch zu diesem Punkte eine Bemerkung zu machen, zum gemeindeeigenen Sportplatz auf der Rennbahn.

Ich bin nicht dafür, daß man jetzt große Mittel hineinsteckt - das haben wir schon getan - daß man jetzt neuerdings große Investitionen vornimmt. Aber auf Grund der Situation der Leichtathletiksektion von Amateure gibt es hier sehr große Schwierigkeiten, daß am Amateureplatz diese derzeitige Laufbahn in einem derart desolaten Zustand ist, daß sie nicht mehr benützt werden kann und wahrscheinlich auf diesem Platz auf Grund des Planes im Bezug auf die HTL es nicht mehr sehr zweckmäßig ist, sehr viel Geld zu investieren. So glaube ich doch, daß man zur Überbrückung des größeren Vorhabens - ich nenne das nicht so, wie Kollege Fuchs - daß man bis zum größeren Vorhaben, dem Ausbau eines Sportstadions auf der Rennbahn, doch daran denken soll, die Instandsetzung des Platzes vorzunehmen, vorwiegend die Laufbahn, damit

die Leichtathleten ihr Training wieder aufnehmen können. Ich glaube, das möchte ich anlässlich dieses Punktes deponieren, daß man auch von Seiten der Gemeinde daran denkt, diesen Platz soweit instand zu setzen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Ich danke für diesen Beitrag. Weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag? Herr Kollege Fahrnberger bitte!

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG FAHRNBERGER:

Sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates, Herr Bürgermeister!

Es ehrt uns eigentlich, in der Diskrepanz zum Herrn Treml zu stehen. An und für sich aber nicht in Belangen, die in das Kommunale gehen. Deswegen möchte ich dazu sagen, wir wenden uns ja nicht gegen den Sportplatz Ennsleite. Es ist richtig und gut, daß innerhalb eines größeren Siedlungsgebietes eine Sportstätte entsteht, wo die Gemeinde Hand anlegt, wo die Gemeinde das Spielen und Turnen erleichtert. Aber wir wehren uns dagegen, daß dort ein Verein hineingesetzt wird, der dann als Verein diesen Platz für sich in Anspruch nimmt. Wir brauchen nur schauen auf den anderen Plätzen, wo z. B. ATSV oder ASKÖ spielen. Wir brauchen nur nach Münchenholz schauen. Münchenholz ist ein Stadtteil mit über 10.000 Einwohnern. Wer von Münchenholz kann dort auf diesem Sportplatz spielen? Von den Münchenholzern sehr wenige.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ALFRED BAUMANN:

Sehr viele!

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG FAHRNBERGER:

Deswegen möchten wir, nachdem der Sportplatz dort schon fast fertig ist und er soll auch fertig gemacht wer-

den, daß gesichert ist, daß die Bevölkerung der Ennsleite zu diesem Sportplatz freien Zugang hat.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Danke, Herr Kollege Manetsgruber!

GEMEINDERAT JOHANN MANETSGRUBER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte!

Ich möchte nochmals auf die Ausführungen des Kollegen Fuchs zurückkommen. Er hat es so dargestellt, als würde der Sportverein ASV Bewegung sich mit einer Kampfmannschaft, mit einer Reserve und mit einigen Jugendlichen befassen. Ich möchte ihn nur bitten, daß er sich mit dem Sportverein ASV Bewegung näher befassen möchte. Es werden immerhin an die 150 bis 200 Jugendliche von diesem Sportverein betreut. Ich habe selbst die Ehre, diesem Verein als Obmann-Stellvertreter vorzustehen und ich möchte ihn vielleicht ersuchen, wenn er überhaupt ein Sportler ist, daß er das richtig als Sportler sieht. Ich möchte nicht bestreiten, daß er gesportelt hat, aber wenn er heute ein Sportler ist und im Sportgetriebe steht, dann muß er wissen, mit welchen Mitteln ein Sportverein zu erhalten ist. Mit einer Theatergruppe einen Sportverein zu vergleichen, da muß ich schon sagen, der Vergleich hinkt etwas. Ich möchte ersuchen, daß er das hintanhält.

Wenn wir heute die Dinge betrachten, wenn wir die Programme betrachten. Ich möchte ganz kurz zurückkommen auf Ihr Programm, das Sie sich gestellt haben, bevor Sie in den Gemeinderate eingezogen sind: Die Jugend und die Sportförderung. Sie haben das an erster Stelle gereiht. Ich möchte Sie bitten, daß Sie jetzt objektiv und sachlich diese Dinge ansehen.

Ich möchte aber zur Ergänzung weiters bemerken, es ist sicher richtig, daß der Sportverein ASV Bewegung oder die Fußballer abgestiegen sind. Man muß sich auch darum kümmern und sehen, wie das zustand gekommen ist. Es hat einmal geschienen, daß die Sportler der Ennsleite überhaupt nirgends mehr Platz bekommen. Sie sind einmal auf die Rennbahn gewandert, sie sind einmal auf einen Sportplatz nach Münchenholz gegangen und so ist das vielleicht zustand gekommen. Es ist nicht so einfach, wenn man heute per Distanz wo spielen muß und die Zuschauer, die Sie angeführt haben in der Höhe von 10 - 80 ist sicherlich die Zahl, die auf der Rennbahn festgestellt wurde. Sie haben unter anderem angeführt, daß die Gemeinde für Ballverluste Geld ausgegeben hat. Ich möchte darauf hinweisen ...

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Muß ja kein Fußball sein!

GEMEINDERAT JOHANN MANETSGRUBER:

Ja, das stimmt, das war am Sportplatz bei der Schule und die Hauseigentümer, die unterhalb dieses Sportplatzes wohnen bzw. ihren Sitz haben, haben die Bälle nicht mehr herausgegeben. Es waren einige Hausbesitzer dabei, die eine Ballherausgabe verwehrt haben. Wenn Sie betrachten, daß ein Ball immerhin rund 300 bis 500 Schilling kostet, dann müssen Sie sehen, daß das auf die Dauer nicht zu tragen ist. Dessen ungeachtet, ich möchte auch gleich korrigieren, der Sportverein ASV Bewegung hat außerdem noch eine sehr starke Mannschaft und ich darf an Basketball erinnern. Außerdem betreibt der Sportverein ASV Bewegung auch eine Tischtennissektion und die verschiedenen Sektionen, Eisschießen usw. Man darf das

nicht nur so sehen, daß nur für 11 Spieler womöglich ein Stadion gebaut wird.

Nochmals, Kollege Fuchs, zu den Eigenleistungen des Vereines. Sie haben vielleicht am Sonntag abend geschaut, da hat der Arbeiter und Angestellte die Möglichkeit, sich auszurasen. Aber wenn Sie unter der Woche am Sportplatz vorbeigehen, dann werden Sie feststellen, daß auf diesem Sportplatz sehr viele Eigenleistungen sind. Darum möchte ich Sie bitten, daß Sie Ihre Ausführungen anders titulieren bzw. auch anders formulieren.

Das wäre es.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Danke. Kollege Baumann bitte!

GEMEINDERAT ALFRED BAUMANN: Verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich wollte mich nicht melden, aber ich muß schon einiges feststellen, daß es unangenehm auffällt, daß Kollege Fuchs ständig gegen die Arbeiterschaft geht. Es ist noch keine Gemeinderatssitzung vergangen, wo er nicht ständig auf die Arbeiterschaft losgegangen ist.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Kollege Baumann, fangen Sie nicht zum Fantasieren an!

GEMEINDERAT ALFRED BAUMANN:

Ich beginne nicht zu fantasieren. Ich habe Ihnen nicht dazwischengesprochen und ich verlange auch von Ihnen, daß mir nicht dazwischengeredet wird. Merken Sie sich das. Als Anhänger der Bewegung, wo ich versucht habe, die Bewegung nach dem Krieg wieder aufzubauen, kann ich Ihnen folgendes sagen. Die Bewegung war vor dem Jahre 1934 ständig am Platz auf der Renn-

bahn, wenn Sie sich daran erinnern können. Nach dem Jahr 1934 wurde der Platz der Bewegung weggenommen.

ZWISCHENRUF:

Gestohlen!

GEMEINDERAT ALFRED BAUMANN:

Ich sage nicht einmal gestohlen. Es ist anheim gefallen, wie es manchmal, wenn eine politische Umschichtung ist, halt überall so geht. Aber man muß auch das zur Kenntnis nehmen. Die Bewegung hat keine Wiedergutmachung bekommen, das möchte ich ausdrücklich feststellen. Der ATSV hat seinerzeit eine Gutmachung bekommen, weil ihm der Platz unten in Münichholz vorläufig zur Verfügung gestellt wurde. Die Bewegung hat angefangen in der Fuchsluckengasse, wo seinerzeit Bürgermeister Steinbrecher zugestimmt hat und wo alles mit Ach und Weh - wenn man es offen sagt - abgewickelt worden ist. Es wurde dann die Möglichkeit geschaffen, daß der ATSV Bewegung bei der Glöckelschule spielen durfte und alle Gemeinderatsmitglieder jeder Fraktion waren seinerzeit einverstanden. Wir hätten von der Bewegung - das sage ich offen heraus - keinen anderen Platz gebraucht, wenn wir den Platz bei der Schule gehabt hätten. Aber die Bevölkerung der Ennsleite hat sich wesentlich vergrößert und heute wohnen doch 8.000 bis 9.000 Personen, kann man sagen, auf der Ennsleite. Es war eine Notwendigkeit, dort Platz zu schaffen. Es ist gelungen und ich danke allen Gemeinderatsmitgliedern, die mitgeholfen haben, daß die Möglichkeit bestand, daß man solchen Vereinen, die von früh bis abends - Sie können sich überzeugen - bemüht sind, am Sportplatz zu arbeiten. Daher ist es eine Unterstellung, wenn Sie Vereine, wie ATSV-Münichholz oder Bewegung in das Lächerliche ziehen und diesen Leuten sagen, das ist gar nicht notwendig, daß

die einen Fußballplatz brauchen. Schaut, daß ihr woanders spielen könnt, in der Lauberleite oder sonst wo. Das ist Ihre Meinung. Wenn Sie sagen beim ATSV unten, Sie können jederzeit hinuntergehen und schauen, was am ATSV-Platz für ein Betrieb ist. Die Kinder vom dortigen Kindergarten gehen nur auf den ATSV-Platz spielen. Es können sämtliche Vereine von Steyr, da können Sie fragen, ob das Steyr-Werke ist, ob es sonst ein Verein ist, auf dem ATSV-Platz spielen. Ich würde Sie bitten, Ihre Fraktion, etwas mehr Rücksicht zu nehmen auf die Vereine, die es sich verdienen. Wir sind nicht kleinlich bei anderen Vereinen, die nicht unserer politischen Gesinnung angehören. Würde es Ihre Gesinnung sein, so würden Sie sagen, das, was wir geben, ist zu wenig.

Ich bitte Sie, auch in Zukunft mehr Rücksicht zu nehmen auf die Arbeiterschaft, die ihr Los schwer tragen muß, auch heute noch. Dann glaube ich, können wir in der Gemeinde besser zusammenarbeiten.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Danke für diesen Beitrag. Meine Damen und Herren, eine kleine Zwischenbemerkung. Ich bin eigentlich überrascht, daß bei diesem Tagesordnungspunkt sich eine solche Diskussion ergeben hat, nachdem grundsätzlich über diesen Tagesordnungspunkt ein einstimmiger Beschluß aus dem Vorjahr besteht. Im Gegensatz zur privatwirtschaftlichen Abrechnung und Bilanzierung ergibt sich in der Kammernalistik eben der Fall so, daß nicht verbrauchte Mittel im neuen Rechnungsjahr neuerdings freigegeben und beschlossen werden müssen. Das trifft bei diesem Tagesordnungspunkt zu.

Bitte Herr Kollege Fuchs!

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Meine Damen und Herren, ich

glaube eines sagen zu müssen, daß meine Wortmeldung nicht dazu gedient haben sollte, derartige Dramatik hineinzubringen und vor allem hier von Jahren zu sprechen, an denen ich nicht den geringsten Anteil habe. Ich glaube, so weit wollen wir diesen Tagesordnungspunkt nicht betreiben und ich weise zurück die Unterstellungen, daß man arbeiterfeindlich sei.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Sie haben ja hier angeklagt, Herr Gemeinderat!

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Ich selbst bin Arbeitnehmer und zu Kollegen Manetsgruber, ganz freundlich, ich bin auch Fußballer gewesen und ein Cousin von mir spielt sogar bei einem Nationalligaklub, sogar mit demselben Namen. Ich möchte nur betonen, daß ich gewollt hätte, daß man sich auch mit derartiger Vehemenz für andere Bewegungen einsetzt. Nichts anderes wollte ich zum Ausdruck bringen. Man soll nicht nur dependent davon sein, daß man hier seinen eigenen Klub vertritt, sondern auch für alle übrigen eintreten. Ich führte ja bei meinen Ausführungen an, daß ich mich verwendete für eine mir absolut nicht besonders nahestehende Jugendbewegung, das führte ich als Beispiel an. Andere Beispiele führte ich nicht an, außer daß Eigenleistungen von anderen Vereinen ebenso gefordert werden, wie selbstverständlich auch von ASV-Bewegung und ich ersuche hier nicht so sehr zu dramatisieren. Das war bestimmt nicht in meinem Sinne.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Danke. Noch eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt?

Bitte Kollege Weiss!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren!

Eine kleine Feststellung. Der Tagesordnungspunkt ansich ist ein reiner Formalakt, der praktisch ohne jede Emotion erledigt hätte werden können. Kollege Fuchs, ich muß Ihnen eines sagen. Wenn Sie selbst Provokation betreiben, brauchen Sie sich nicht beklagen, wenn nachher durch Ihre Ausführungen die entsprechenden Er widerungen kommen. Ich stelle ausdrücklich fest, am 19. 6. des Vorjahres hat der Gemeinderat hier einstimmig diese S 700.000,- beschlossen. Die Kamera listik wurde durch Kollegen Petermair bereits erklärt, warum dieser Wiederholungsbeschluß für den Restbetrag erforderlich ist. Ich möchte es mir ersparen, auf die ganze Vorgeschichte dieses Sportplatzes einzugehen. Darüber hat es hier herinnen schon genug Diskussionen gegeben. Wenn es Ihnen Ihre Zeit als Sekretär Ihrer Partei in Linz gestattet, einmal anzusehen, wer, wo und wann gearbeitet wird auf dem Sportplatz, ich würde Ihnen sehr empfehlen, einmal hinzuschauen, um dort die Schüler im kleinsten Alter zu betrachten, mit ihren Funktionären, wie sie am Sportplatz fleißig arbeiten. Sonst würden diese Gelder ganz bestimmt nicht reichen, wenn nicht der Idealismus noch in der traditionsreichen Form groß geschrieben würde.

Ich darf aber trotzdem bitten, daß hier gemäß meines vorgebrachten Antrages die Beschlußfassung erfolgt.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters schreiten wir zur Abstimmung.

Wer mit dem vom Berichterstatter gestellten Antrag einverstanden ist, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Keine. 2 Gegenstim-

men FPÖ-Fraktion. Mit Mehrheit angenommen.

Damit darf ich den Vorsitz an den geschäftsführenden Bürgermeister-Stellvertreter zurückgeben.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich darf die Sitzung weiterführen und Kollegen Petermair um seine Berichte bitten!

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER- STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Zwei Anträge des Finanz- und Rechtsausschusses. Der eine betrifft eine Straßenbezeichnung auf der Hohen Ennsleite. Er lautet:

6) Ges-115/73

Straßenbezeichnung auf der Ennsleite im Bereiche Arbeiterstraße - Kopernikusstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1) Das im Lageplan des Stadtbauamtes vom 7. Jänner 1974 gelb lasiert dargestellte Straßenstück zwischen Kopernikusstraße und Arbeiterstraße erhält als Fortsetzung der bestehenden Kopernikusstraße, ebenfalls die Bezeichnung

"Kopernikusstraße"

2) Der im rechten Winkel über die Fortsetzung der bestehenden Kopernikusstraße führende und senkrecht auf die Keplerstraße stoßende Straßenzug im Lageplan des Stadtbauamtes vom 7. Jänner 1974 blau lasiert dargestellt, erhält zur Erinnerung an den oberösterreichischen Astronomen und Mathematiker Georg von Peuerbach als Miterneuerer der westlichen Astronomie, die Bezeichnung

"Georg von Peuerbach-Straße"

Ich bitte Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört, gibt es dazu eine Wortmeldung? Bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich bin an und für sich einverstanden mit dem Antrag vom Finanz- und Rechtsausschuß. Aber muß unbedingt eingefügt werden Georg "von" Peuerbach?

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wir werden nicht nachträglich eine Änderung seines Namens durchführen können.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Der Name ist deswegen nicht geändert!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Dann müßte es auch Walter Vogelweide statt Walter von der Vogelweide heißen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Eine weitere Anfrage oder Wortmeldung dazu? Ich sehe, daß das nicht der Fall ist. Wer im Sinne des Antrages dafür ist, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Gegenprobe? Danke. Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Der zweite Antrag betrifft eine Änderung des Stadtregulierungsplanes.

7) Bau2-1575/73

Änderung des Stadtregulierungsplanes sowie der Teilbebauungspläne "Schradergründe" und "Hundsgraben".

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 22. Februar 1974, wird der Änderung des Stadtregulie-

rungsplanes 1930, Zl. 7583/29 vom Gemeinderat beschlossen am 28. 3. 1930, sowie der Änderung des Teilbebauungsplanes "Schradergründe", vom Gemeinderat beschlossen am 13. Oktober 1964, zu Zl. Bau2-2212/64 und der Änderung des Teilbebauungsplanes "Hundsgraben" zu Bau2-2212/64 und der Änderung des Teilbebauungsplanes "Hundsgraben" zu Bau2-555/57, beschlossen vom Gemeinderat am 15. November 1957, nach Maßgabe der vom Stadtbauamt ausgearbeiteten Planunterlagen vom 20. März 1973 bzw. 13. Dezember 1973 gemäß § 23 des öö. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 18/72, nach Anhörung der Beteiligten zugestimmt.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wir haben auch diesen Antrag zur Kenntnis bekommen. Eine Wortmeldung dazu? Es ist das nicht der Fall. Dann darf ich hier ohne gymnastische Übung die Einstimmigkeit dieses Beschlusses protokollieren lassen. Erhebt sich dagegen kein Widerspruch? Der Antrag ist beschlossen. Ich danke Kollegen Petermair für die Berichte. Als Nächster Kollege Besendorfer!

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Darf ich Ihnen 4 Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung vorlegen. Der erste Antrag betrifft Deckung des ao. Haushaltes 1973 und Entnahme aus Rücklagen.

Der Antrag des Stadtsenates lautet:

8) Buch-6000/73

Deckung des außerordentlichen Haushaltes 1973 und Entnahmen aus Rücklagen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Deckung des Abganges im außerordentlichen Haushalt in Höhe von S 25,348.464,- sind aus der Rücklage für die Reinhaltung des Grund- und Quellwassers S 1,622.787,04 und der Allgemeinen- und Betriebsmittelrücklage S 2,898.617,70 zu entnehmen.

Ferner sind aus dem ordentlichen Haushalt S 20,827.059,26

an den außerordentlichen Haushalt zuzuführen, sodaß der Abgang des außerordentlichen Haushaltes von

S 25,348.464,--
=====

zur Gänze gedeckt ist.

Hiezu wird bei der VP 95-72 der Betrag von S 10,831.000,- freigegeben und eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von S 9,996.100,- bei derselben VP bewilligt.

Ich darf um Annahme bitten.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Danke, Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wenn Sie mit dem Antrag einverstanden sind, bitte ich Sie, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Gegenprobe? Ebenfalls Einstimmigkeit.

STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Ein weiterer Antrag betrifft den Hotelbau in Steyr, Begründung eines Baurechtsvertrages. Er lautet:

9) ÖAG-4721/71

ÖAG-4182/73

Hotelneubau in Steyr; Begründung eines Baurechtsvertrages.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Abschluß eines Baurechtsvertrages im Sinne des Baurechtsgesetzes mit der Firma Holiday Inn zwecks Errichtung eines Hotelbaues auf den städtischen Gründen am rechten Brückenkopf der Schönauerbrücke,

bestehend aus Teilen der Grundparzellen 129, 130, 133, 134, 1203/2, 164, 1310/2, 1203/1, 1310/3, der Bauparzellen 1205, 1204, 1196, 1197 sowie der öffentlichen Grundstücke 1310/1, 1310/2, 1310/3 und 1310/4, sämtliche Kat. Gem. Steyr, nach Maßgabe des obigen Amtsberichtes wird zugestimmt.

Die Magistratsdirektion wird zur Festlegung der näheren Bedingungen und Auflagen des Baurechtsvertrages im Sinne des Amtsberichtes ermächtigt.

Der Magistrat ist im Sinne des § 44/5 des Statutes für die Stadt Steyr infolge Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses befugt.

Auch hier bitte ich um Annahme.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Danke. Der Bericht steht zur Diskussion bzw. der Antrag. Wir haben ihn bereits in der Anfragebeantwortung behandelt.

Wünscht jemand dazu zu sprechen?

Herr Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr verehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Wir haben schon bei der Fraktionsbesprechung über den Hotelbaueinige Bedenken geäußert. Aber wir als Kommunisten haben ungefähr so ein "Ja" gegeben, wie man es oft bei einer bekannten Fernsehsendung zum Ausdruck bringt, mit dem berühmten ja-nein. Wir Kommunisten sind der Auffassung, daß wir vorrangige Probleme zu lösen haben, wir bezeichnen als vorrangig besonders die Lösung der Wohnungsfrage, des verstärkten Wohnungsbaues und sehen auch hier die Hauptaufgabe der Gemeindeverwaltung, daß man diese Wohnungsnot, die immerhin sehr groß ist in Steyr und

mit 2.000 Wohnungssuchenden beziffert werden kann, vorrangig behandelt. Außerdem habe ich bei diesem Gespräch festgestellt, daß dieser Hotelbau neben der Notwendigkeit, die wir unterstrichen haben, auch große Belastungen für die Gemeinde mit sich bringt. Ich stelle fest, daß viele Millionen notwendig sind, daß dieser Hotelbau überhaupt auf diesen Grundstücken durchgeführt werden kann, nämlich durch Zurverfügungstellung von Grund, was gerade Stadtrat Besendorfer angeführt hat, auch die Wohnungen, die notwendig wurden für die Mieter, die in Abbruchgebäuden bis jetzt wohnhaft waren, die Zurverfügungstellung von der Stadtgemeinde. Weiters stehen uns ins Haus diese Aufschließungskosten, wie der Sammler C, wie uns bei der Informationssitzung mitgeteilt wurde. Eine Bedingung der Gesellschaft ist es auch, daß dieser Sammler C geführt werden soll bis zu Zwischenbrücken usw. Also vorrangig. Man kann sagen, alle diese Fragen Aufschließung usw. stehen uns ins Haus. Aber unmittelbar jetzt sind diese Aufgaben vordringlich, um diese Frage zu lösen. Also da sind wir der Auffassung, daß uns auch dieser Baurechtsvertrag, der auf 80 Jahre läuft, keine Sicherheit darstellt, nämlich die Bedenken hinsichtlich der Hotelbetriebspflicht, die ja nur mit 5 Jahren beschränkt ist. Das heißt auf 5 Jahre ist Hotelpflicht, soweit es uns damals bei dieser Besprechung mitgeteilt wurde.

Auch hier glaube ich, ist eine Unsicherheit drinnen, daß manches vielleicht in einigen Jahren wiederum an Belastungen zurückfallen könnte.

Außerdem gibt mir neuerlich zu denken und hat man das besonders stark gegen uns übrigen Fraktionen begründet, nicht nur der Fremdenverkehr der Stadt würde damit belebt, sondern Steyr könnte ein Kongreßzentrum werden. Nun, wer das Tagblatt liest, kann

nachlesen - ich glaube vom 25. 2. d. J. - ähnlich wurde auch den Gemeindevätern in Gmunden das vorgetragen und sie begrüßen natürlich auch im Zuge des Ausbaues der Hotelkette Holiday Inn, die auch beabsichtigt und es wird auch in diesem Gremium kein Geheimnis sein, daß man auch in Gmunden ein derartiges Hotel errichtet, auch mit dem besonderen Zusatz, daß dort ein Kongreßzentrum entsteht. Ich glaube, daß 75 km von Steyr entfernt, ich weiß nicht, welche Stadt da bevorzugt wird. Ich verspreche mir hier nicht sehr viel. Ich habe auch angeführt, daß wir wahrscheinlich die Frage der Unterbringung usw. besonders im Bezug unserer Gewerbebetriebe usw., die Fremden, die nach Steyr kommen, hier nicht die Lösung mit diesem Hotel allein treffen kann. Hier gibt es einige Bedenken. Ich möchte das hier nur angeführt haben, da es sehr hohe Belastungen für die Gemeinde mit sich bringt dieser Bau und auch diese Seite gehört beleuchtet.

Danke.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Vielleicht darf ich erwähnen, es ist ganz bestimmt ein Irrtum, wenn die Auffassung entsteht, daß die Betriebspflicht nur 5 Jahre ist. Die Betriebspflicht ist an ganz andere Kriterien gebunden. Wir sind interessiert, daß diese Betriebspflicht die ganzen 80 Jahre dauert, sofern die dafür festgelegten Kriterien zutreffen. Das wird eine Angelegenheit des Rechtsvertrages sein, der gegenwärtig in Ausarbeitung ist und ich glaube, wir können nur froh sein, wenn wir endlich einmal diesen Hotelbau in Steyr haben. Es ist hier immer wieder die Stadtgemeinde Steyr, die eigentlich für eine solche Einrichtung nicht federführend sein kann, weil es keine Kommunaleinrichtung ist, immer wieder deswegen angegangen worden, warum wir uns nicht mehr bemühen um einen

Hotelbau. Die Bemühungen sind in der letzten Zeit sehr verdichtet worden, weil es eine Notwendigkeit ist, ein solches Haus in Steyr zu besitzen und ich bin überzeugt, daß die Nebenausstrahlungen hier keine negativen für die heimische Wirtschaft in dieser Branche sein werden. Das ist meine Meinung dazu.

Gibt es zum Antrag selbst noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, wie ich sehe. Darf ich Sie auf Grund der Situation bitten, wer für den Antrag ist, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke. Gegenprobe? Danke. Ich stelle fest, daß die Einstimmigkeit des Beschlusses gegeben ist und wir kommen damit zum nächsten Tagesordnungspunkt.

STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Ein weiterer Antrag des Stadtsenates betrifft den Ankauf der Liegenschaft Steyr, Sierninger Straße 97 a.

Mit wenigen Worten. Im Zuge des Ausbaues des Wiesenberges ist unter anderem auch dieses Objekt so schwer beschädigt worden, daß es gesperrt und abgelöst werden mußte.

Der Antrag des Stadtsenates lautet:

10) ÖAG-5919/73

Ankauf der Liegenschaft Steyr, Sierninger Straße 97 a.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Ankauf der Liegenschaft Steyr, Sierninger Straße 97 a, der im Zuge des Straßenbaues über den Wiesenberg notwendig geworden ist, von Frau Theresia Fromm zum Preise von insgesamt S 400.000,- nach Maßgabe des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 25. 1. 1974 wird zugestimmt. Zur Bezahlung des Kaufpreises einschließlich allfälliger Gebühren wird ein Betrag von S 410.000,- bei VP 92-911 aoH freigegeben. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Es ist nicht der Fall. Darf ich der Einfachheit halber bitten, wer gegen den Antrag ist oder wer sich der Stimme enthält, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Keine Gegenstimme, der Antrag wurde einstimmig beschlossen.

STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Ein weiterer Antrag des Stadtsenates:

11) ÖAG-3295/73

Ankauf der Liegenschaft Steyr, Sierninger Straße 86.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 15. 2. 1974, welche lautet:

"Dem Ankauf der Liegenschaft Steyr, Sierninger Straße 86, EZ 994 des Grundbuches der Kat. Gem. Steyr von den Ehegatten Josef und Maria Dusek zum Preise von S 280.000,- wird zugestimmt.

Der Kaufpreis wird in der Weise entrichtet, daß ein Teilbetrag von S 150.000,- bei Unterfertigung des Vertrages und der Restbetrag in monatlichen wertgesicherten Raten von S 1.000,- an die Verkäufer zur Auszahlung gelangt.

Die Kosten des Erwerbes gehen zu Lasten der Stadtgemeinde. Zur Bezahlung des bei Unterfertigung des Kaufvertrages fälligen Kaufpreisteiles sowie der Abgaben und Gebühren wird ein Betrag von S 176.000,- bei VP 92-911 aoH freigegeben,"

wird nachträglich genehmigt.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wortmeldungen zu diesem Antrag? Es ist nicht der Fall. Wer gegen diesen Antrag ist oder wer sich der

Stimme enthält, den bitte ich wieder, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Ebenfalls einstimmige Annahme. Die nächsten Tagesordnungspunkte, die normalerweise Kollege Fürst zukommen würden, wird zunächst Frau Kollegin Kaltenbrunner den ersten Punkt vortragen, die nächsten beiden sind dem Referat Kinzelhofer zugeteilt und die letzten Anträge sind Kollegen Wallner zugewiesen. Das nur zur Abwicklung.

Frau Gemeinderat Kaltenbrunner bitte!

BERICHTERSTATTER GEMEINDERAT ANNA KALTENBRUNNER anstelle des abwesenden Stadtrates Rudolf Fürst:

Sehr verehrtes Präsidium, werter Gemeinderat!

Ich habe Ihnen einen Antrag zur Beschlußfassung vorzutragen. Er betrifft das letzte Regulativ über die Ausgabe von Säuglingswäschepaketen, das mit Beschluß des Gemeinderates, Zl. 6339/50 vom 25.11.1958, erlassen wurde. Eine Änderung desselben bedarf somit ebenfalls eines GR-Beschlusses. Mit dieser Änderung könnte auch die bloß mit Bürgermeisterverfügung vom 27. 6. 1973, Zl. 6339/50 verfügte Ergänzung des Regulativs nachträglich saniert werden. Die Einflechtung der weiteren Bedingung zur Beteiligung mit einem Säuglingswäschepaket wäre dahin zu formulieren, daß außer den sonstigen Voraussetzungen auch noch der Nachweis darüber gefordert wird, daß sich Mutter und Kind sämtlichen in der Verordnung des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz vom 16. 1. 1974 über die Festlegung der ärztlichen Untersuchung zur Erlangung der erhöhten Geburtenbeihilfe und den Mutter-Kind-Paß, BGBl. Nr. 33, vorgesehenen Untersuchungen unterzogen haben.

Der besseren Übersicht wegen ist zu empfehlen, das ganze Regulativ in

nachstehender Formulierung neu zu beschließen:

12) Zl. 3669/50

San-160/74

Schwangerenberatung; Änderung des Regulativs über die Ausgabe von Säuglingswäschepaketen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Das Regulativ betreffend die Ausgabe von Säuglingswäschepaketen in der letzten Fassung des Gemeinderatsbeschlusses vom 25. 11. 1958 mit Ergänzung durch Bürgermeisterverfügung vom 27. 6. 1973 wird dahin geändert, daß es nunmehr folgenden Wortlaut erhält:

REGULATIV

über die Ausgabe von Säuglingswäschepaketen.

1. Die Stadtgemeinde Steyr kann auf Antrag für jedes neugeborene Kind innerhalb von drei Monaten nach dessen Geburt bei Vorliegen einer Lebensbestätigung hinsichtlich des Kindes ein Säuglingswäschepaket unentgeltlich ausfolgen, wenn nachstehend angeführte Bedingungen erfüllt sind:

a) Die Mutter des Kindes muß ihren ordentlichen Wohnsitz und den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen im Zeitpunkt der Antragstellung in Steyr haben und hier mindestens sechs Monate vor der Geburt des Kindes gewohnt haben sowie die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen.

b) Es muß der Nachweis erbracht sein, daß sich die betreffende Mutter und das Kind sämtlichen zur Erlangung der erhöhten Geburtenbeihilfe geforderten ärztlichen Untersuchungen unterzogen haben.

2. Südtiroler, Volksdeutsche und sonstige Heimatvertriebene sowie Gastarbeiter sind in dieser Hinsicht den österreichischen Staatsbürgern gleichzustellen, wenn anzunehmen ist, daß ihr Aufenthalt in Steyr voraussichtlich länger dauern wird. Die Gleich-

stellung von Gastarbeitern mit den österreichischen Staatsbürgern setzt den Nachweis einer gültigen Aufenthaltsgenehmigung mindestens eines der Elternteile des Kindes voraus.

3. Jedem Säuglingswäschepaket ist ein Glückwunschsreiben des Bürgermeisters zu der Geburt des Kindes beizugeben. Gelegentlich der Überreichung des Säuglingswäschepaketes ist der Empfänger auf die Wichtigkeit des Besuches einer Mutterberatungsstelle aufmerksam zu machen.

4. Der gemeinderätliche Wohlfahrtsreferent wird ermächtigt, zur Vermeidung von Härten in besonders gelagerten Fällen die Nachsicht von den unter Ziffer 1 und 2 angeführten Bedingungen zu erteilen.

5. Dieses Regulativ tritt mit 1. 4. 1974 in Kraft.

Verehrte Damen und Herren, Sie haben alle das Regulativ vor sich liegen und ich glaube, daß ich von einer Verlesung Abstand nehmen kann.

Ich darf Sie um Genehmigung ersuchen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Sind Sie mit diesem Vorgang einverstanden? Nachdem jeder das Regulativ hat und der Antrag bereits gestellt ist, darf ich nunmehr fragen, ob jemand dazu das Wort wünscht? Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe? Einstimmige Annahme. Damit ist Kollegin Kaltenbrunner von der Berichterstattung entlassen. Ich bitte nun Kollegen Kinzelhofer!

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER anstelle des abwesenden Stadtrates Fürst!
Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen zwei Anträge für Kollegen Fürst vorzutragen. Der erste Antrag betrifft Umstellung der Gasgeräte im Zentralaltersheim auf Erdgasbetrieb. Er wurde am 20. 9. 1973 beschlossen, konnte aber nicht durchgeführt werden und es ist daher der Antrag auf Grund des Amtsberichtes vom 19. 2. 1974 wiederum durchzuführen, und zwar ist der Betrag von S 267.018,- zu bewilligen.

13) GHJ2-3861/73

Umstellung der Gasgeräte im Zentralaltersheim auf Erdgasbetrieb

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 20. 9. 1973 wurde die Umstellung der Ölfeuerungsanlage im Zentralaltersheim auf Gasbetrieb (Erdgas) mit einem Kostenaufwand von S 223.700,- grundsätzlich genehmigt. Die entsprechenden Aufträge wurden vergeben.

Das Vorhaben konnte im Vorjahr nicht zur Durchführung gelangen. Auf Grund des Amtsberichtes der MA V - ZAH vom 19. 2. 1974 wird zur Durchführung der oben bezeichneten Umstellung für das laufende Rechnungsjahr eine außerplanmäßige Ausgabe von

S 267.000,-

(Schilling zweihundertsiebenundsechzigtausend)

bei VP 454-92 oH bewilligt. Die Deckung hat aus Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Die Auftragsvergabe erfolgt an nachstehende Firmen:

1. Lieferung von 5 Gasgebläsebrennern:

Firma Heiz-Bösch zum Anbotspreis von S 174.018,--

2. Durchführung des Anschlusses sowie Umschaltung und Verlegung der Gasrohrleitungen:

Städtische Unternehmungen zum Preise von rund S 93.000,--

Ich darf um Annahme dieses Antrages bitten.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Darf ich dazu jemandem das Wort geben? Das ist nicht der Fall. Gibt es gegenteilige Meinungen oder Stimm Enthaltungen?

Dann darf ich den Antrag als beschlossen protokollieren lassen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der nächste Antrag, der sich auch mit der Umstellung der Gasgeräte im ZAH auf Erdgasbetrieb beschäftigt, lautet:

14) GHJ2-3861/73

Änderung des Gemeinderatsbeschlusses, betreffend die Umstellung der Ölfeuerung im Zentralaltersheim auf Erdgasbetrieb.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA V - Zentralaltersheim vom 25. 1. 1974 wird zum Zwecke der Umstellung verschiedener Gasgeräte im Zentralaltersheim auf Erdgasbetrieb eine außerplanmäßige Ausgabe von

S 70.600,-

(Schilling siebzigtausendsechshundert)

bei VP 454-92 oH. bewilligt. Die Deckung hat aus Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Der entsprechende Auftrag ist der Firma Schneiders Söhne zum Preise von S 81.901,- zu übertragen.

Ich darf auch hier um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Eine Wortmeldung dazu? Auch das ist nicht der Fall. Ich darf wieder so vorgehen. Wer dagegen ist oder

sich der Stimme enthält, den darf ich um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. Danke. Einstimmig beschlossen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der nächste Antrag betrifft das Organisationsstatut für die Städtischen Unternehmungen.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Bitte zuerst kommen die beiden letzten Anträge von Stadtrat Fürst!

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Entschuldigung, dann muß ich unterbrechen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, an und für sich wäre es ohne weiteres möglich, daß nun Kollege Kinzelhofer mit seinen Referaten weiterfährt und die restlichen 3 Anträge des Kollegen Fürst dann beim Referat des Stadtrates Wallner mitbehandelt werden.

Ich bitte nun Herrn Kollegen Kinzelhofer, fortzufahren.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Das Organisationsstatut für die Städtischen Unternehmungen wäre zu beschließen. Die letzten Statuten sind aus dem Jahre 1928 bzw. die Ergänzung aus dem Jahre 1958. Es ergeht daher an den Gemeinderat der Antrag:

18) ÖAG-1668/73

Städt. Untern.

Organisationsstatut für die Städtischen Unternehmungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Das Organisationsstatut für die Unternehmungen der Stadt Steyr wird in der sich in der Anlage befindlichen Fassung genehmigt. Das Organisationsstatut tritt mit dem 1. 7. 1974 in Kraft. (BEILAGE A).

Ich ersuche um Ihre Genehmigung.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Stimmen Sie diesem Antrag zu? Danke. Gegenprobe? Einstimmig beschlossen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der nächste Antrag betrifft Plakatierung und Verkehrsmittelwerbung in Steyr. Er lautet:

19) ÖAG-1446/64

Städt. Untern.

Plakatierung und Verkehrsmittelwerbung in Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Abschluß eines allgemeinen Plakatierungsvertrages und einer Vereinbarung über die Verkehrsmittelwerbung mit der Werbering GesmbH. Linz, Stockhofstraße 1, zu dem vereinbarten Entgelt von 20 % bzw. 55 % und einer vorläufigen Vertragsdauer von zehn Jahren wird zugestimmt.

Auch hier ersuche ich um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wer wünscht dazu das Wort? Herr Kollege Fahrnberger bitte!

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG FAHRNBERGER:

Es ist uns leider die Unterlage für diesen Tagesordnungspunkt nicht zugegangen, wir kennen die näheren Details nicht. Ich möchte nur diesen Tagesordnungspunkt dazu benützen, um über die Werbung einiger Werbefirmen in Steyr überhaupt etwas zu sagen. Ich möchte den Gemeinderat ersuchen, alles daranzusetzen, daß die Verplakatierung des Stadtbildes Steyrs hintangehalten wird und auf keinen Fall mehr vergrößert werden darf. Ich möchte ersuchen, nur den geringsten Anteil zu verplakatieren. Wenn wir die Ortsein-

fahrt von der Ennser Straße her anschauen, aber auch andere Ortseinfahrten, so gleicht das bereits einer italienischen Stadt und ich glaube nicht, daß das dem Ortsbild von Steyr zuträglich ist.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Danke. Dazu möchte ich erklären, Herr Gemeinderat, daß jeder Gemeinderat die Stadtratsakten zugestellt bekommt und es verwundert mich, daß Sie diese nicht bekommen haben.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Ich habe ja erwähnt im Antrag, daß die Firma Progreß zurückgelegt hat zugunsten dieser Firma.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ja, das stimmt. Im Finanz- und Rechtsausschuß wurde die Angelegenheit behandelt. Aber dann kann man nicht sagen, daß keine Information ergangen ist.

An sich wird Ihre Anregung, glaube ich, von allen Fraktionen begrüßt. Grundsätzlich dazu muß man die Plakatierung einigermaßen im Griff behalten, um nicht an jeder Stelle unnötig Plakate anzubringen.

Hat sich noch jemand gemeldet? Nein. Darf ich bitten, wer für den gestellten Antrag ist, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke. Gegenprobe? Einstimmige Annahme.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der weitere Antrag des Stadtsenates betrifft die Umstellung auf Erdgas; Aufnahme eines weiteren Darlehens.

20) ÖAG-4858/68

Gaswerk

Umstellung auf Erdgas; Aufnahme eines weiteren Darlehens.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Betriebsleitung der Städtischen Unternehmungen wird ermächtigt, zur Finanzierung der Umstellung der städtischen Gasversorgung auf Erdgas nach den Grundsätzen des Amtsberichtes vom 27. Jänner 1972 bei der OÖ. Länderbank einen weiteren Kredit in Höhe von

S 2,5 Millionen
(Schilling zweieinhalb Millionen)

aufzunehmen, wobei die Festlegung der Darlehensbedingungen im Sinne des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vorbehalten bleibt.

Ich darf auch hier um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wünscht dazu jemand zu sprechen?

Herr Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Verehrter Herr Bürgermeister, verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Erlauben Sie mir einige Erklärungen zur Gasumstellung zu geben. Als wir festgelegt haben, daß die Umstellung auf Erdgas erfolgen soll und schon im vergangenen Sommer 1973 den Tarif für die Erdgasbezieher festgelegt haben, wurde den Konsumenten zumindestens die Umstellung etwas schmackhaft gemacht dadurch, daß man gesagt hat, der Gaspreis wird um 20 % billiger sein. Der letzte Gemeinderat hat beschlossen, daß der Gaspreis um 23 %, aus bestimmten Gründen, auf Grund des Vertrages mit der Landes-Gasgesellschaft angehoben werden mußte. Wir Kommunisten haben schon im Vorjahr hier im Gemeinderat einige Forderungen im Interesse der Gasabnehmer gestellt. Ich erinnere Sie daran, daß wir verlangt haben, die Umbau- und

Umstellungskosten, daß die das Gaswerk bzw. die Gemeinde tragen soll oder daß die Kosten für Neugeräte für die Fürsorgeempfänger das Wohlfahrtsamt übernimmt. Es ist auch eingetroffen. Leider hat man nicht alle Vorschläge, die wir gemacht haben, berücksichtigt. Es ist klar, daß wir als Minderheitsfraktion nicht mit dieser Kraft hier im Gemeinderat mehr durchdrücken hätten können für die immerhin fast 3.000 Gasabnehmer unserer Stadt. Wenn man sich die Umstellung genauer betrachtet, verwundert es eigentlich, daß von keiner Fraktion hier etwas vorgebracht wurde - daher habe ich mich auch ziemlich spät zu Wort gemeldet. Ich habe diese Umstellung mehr oder weniger verfolgt. Am Tabor ist sie klaglos vor sich gegangen, aber auf der Ennsleite sind Schwierigkeiten aufgetreten. Nicht nur, daß die Leute einen Tag oder länger kein Gas zum Kochen gehabt haben, sondern daß auch hier sehr große finanzielle Probleme auftauchen, die auch von mir vor einem Jahr nicht die Berücksichtigung gefunden haben. Da gibt es z. B. Arbeiter-Pensionisten, die im Steyr-Werk langjährig, vielleicht 40jährig, tätig waren und heute nur eine Pension von S 3.500 haben, denen auf Grund dieser Umstellungsaktion auf Erdgas bis zu 8.000 Schilling Kosten ins Haus kommen. Das ist kein Einzelfall. Jeder Gemeinderat, besonders diejenigen von der Ennsleite, könnten sich etwas betätigen und von mir aus in der Hafnerstraße - Willnerstraße - Arbeiterstraße mit ihren Mitgliedern Kontakt aufnehmen oder vielleicht mit den Wählern, die Sie gewählt haben, dann würden Sie endlich auch feststellen, wie ich das gemacht habe. In diesen Gebieten mußten auch die Durchlauferhitzer, das heißt nicht nur der Gasherd, sondern auch der Durchlauferhitzer erneuert werden und das erfordert Kosten bis zu S 7.500 oder S 8.000,- und hier doch die Möglich-

keit von Seiten des städtischen Gaswerkes gegeben ist, zumindest diese Geräte auf Kredit, auf Ratenzahlung zu kaufen.

Wie schaut diese Rechnung konkret aus? Der Aktionsherd, wie bekannt, kostet nicht ganz S 3.000,-, der Durchlauferhitzer S 4.300,-. Dazu kommt - es war eine der wesentlichen Forderungen nach Zinsfreiheit - daß der Pensionist noch über S 304,- Zinsen bezahlen muß. Er bekommt allerdings nach einem Bittgang zu den zuständigen Verantwortlichen an Raten bis zu 16 Monaten. Das heißt, wenn man bei diesen Pensionisten - das führe ich nur als Illustration an - die Miete, Strom, Gas, Beheizungskosten und jetzt noch diese Ratenzahlung von S 360,-, die er eingegangen ist auf 16 Monate abzieht, das heißt, daß in diesen 16 Monaten das Ehepaar mit S 1.500 leben muß. Ich könnte einige Beispiele anführen von der Ennsleite.

Aber es zeigt nur, wie notwendig und richtig es gewesen wäre, daß man von Seiten der Mehrheit dieses Hauses dieser Frage mehr Bedeutung schenken hätte sollen und hier eine größere Förderung und Unterstützung notwendig ist. Daher neuerlich heute noch einmal die Frage auf Grund dieser Umstellungsschwierigkeiten, die aufgetreten sind und der Kenntnisse, die ich mir selbst dort erarbeitet habe, daß man bei Ankauf von Neugeräten zinsfreien Kredit gewähren soll, und zwar bis 24 Monatsraten, zweitens daß man Arbeitern, Angestellten und Pensionisten bis zu einem Monatseinkommen von S 4.500,-, das äußerst gering ist, einen 25 %igen Zuschuß gewähren soll von der Stadt und den Rest bis auf 36 Monatsraten zinsfrei.

Meine Damen und Herren! Trotz dieser Erleichterung, die ich hier vorgeschlagen habe, bleibt noch für diese rund 2.500 Familien in unserer Stadt eine ziemlich große Belastung, meiner Schätzung nach zwischen S 7 und 10 Mill.

Ich glaube, diese Höhe ist nicht gering. Die Rechnung ist ganz einfach, wenn Sie hernehmen S 2.500,-, 50 % der Herde müssen umgetauscht werden, dann kommt man nur beim Aktionsherd auf diese Zahl. Aber Sie wissen genau, daß manche nicht nur einen Aktionsherd kaufen.

Nun dazu, weil ich ein Murren gehört habe, erlaube ich mir auch, die Geschäftspraxis der Städtischen Unternehmungen anzuziehen. Wenn Sie hergehen und eine Preisliste hernehmen der Fa. Tirolia - dieser Herd wurde von den Gaswerken offeriert - und gehen nun zu einem privaten Geschäftsmann - ganz gleichgültig zu welchem - dann müssen Sie feststellen, daß ein Ofen, der bei Ihnen S 4.888,- kostet bei Barzahlung abzüglich 3 %, bei anderen Firmen abzüglich 10 % nur S 4.005 kostet. Ich möchte auch hier sagen, daß diese Umstellung ein großes Geschäft für die Ofenindustrie darstellt, aber auch ein ganz schönes Geschäft für den Handel und damit auch unserer Unternehmungen. Das möchte ich hier ausdrücklich feststellen und daher glaube ich, daß man etwas großzügiger sein könnte als sozialistische Arbeitermehrheit in diesem Haus gegenüber den Mitbürgern, die nicht so bemittelt sind. Ich glaube auf Grund dieser allgemeinen Teuerung, wir haben vor einigen Tagen gehört, daß man feststellt, daß die Teuerung bis Mitte dieses Jahres, die allgemeine Teuerung, Lebenshaltungskostenindex 9,5 % ist, wahrscheinlich bis zum Jahresende bis über 10 % gehen wird, daß sie die tragen müssen plus dieser Belastung, ist es nicht Aufgabe von Seiten des Gaswerkes allein, aber man könnte auch dort mehr Konzessionen machen. Aber es müßte besonders Aufgabe der sozialistischen Mehrheit sein. Danke.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Eine weitere Wortmeldung dazu?

Herr Gemeinderat Fuchs!

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:
Meine Damen und Herren!

Als Arbeitnehmer, der sich nach der normalen Arbeitszeit im Dienste der Öffentlichkeit als Mandatar zu betätigen hat, war ich vor kurzem auf der Ennsleite, genauer gesagt in der Keplerstraße, wo gerade die Mieter diese Gasgeräte herunterschleppten. Ich mußte feststellen, ich habe ein ungutes Gefühl gehabt, als ich erkannt wurde und mir gesagt wurde, was macht Ihr da? Es gibt tatsächlich schlechter gestellte Einkommensträger, denen es sehr schwer fällt, die neuen Geräte anzukaufen und vielleicht könnte sich der Gemeinderat doch nächstens überlegen, für die schwächer gestellten Einkommensträger hier Zuschüsse bei dem Umtausch dieser Geräte zu gewähren.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Eine weitere Wortmeldung? Herr Gemeinderat Holub.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

In diesem Zusammenhang möchte ich nur daran erinnern, daß auch seitens unserer Fraktion in Gesprächen um das Budget gefordert wurde eine Unterstützung von sozial bedürftigen Fällen im Zusammenhang mit der Umstellung der Gasgeräte auf Erdgasbetrieb herbeizuführen. Das war leider Gottes nicht möglich. Das wollte ich in diesem Zusammenhang dazusagen. Danke.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Eine weitere Wortmeldung dazu? Herr Kollege Kinzelhofer bitte!

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Ich möchte dazu nur feststellen, daß die ganze Aktion, die Beträge der

Umstellungs- und Umbaukosten und die Aktion hier im Gemeinderat beschlossen wurde. Das ist eindeutig und der Amtsbericht liegt auch auf, S 900.000,- die Gemeinde, S 800.000,- das Gaswerk. Auch die Aktion der Herde ist hier im Gemeinderat bzw. Stadtsenat beschlossen worden und auch die Ratenzahlung. Der Amtsbericht ist vorhanden und die Ratenzahlungen gehen bis zu 24 Monatsraten, je nach Bedürftigkeit.

Weitgehendst wird dem hier Rechnung getragen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren!

Vielleicht muß man eines berücksichtigen. Das Tempo auf der Ennsleite war bei dieser Aktion größer als am Tabor. Sicherlich auch im Hinblick darauf, daß der Mieter womöglich bald in den Bezug des billigeren Erdgases, im Vergleich zum Stadtgas, kommen soll. Man hat gesehen, daß dieses Tempo natürlicherweise nicht hervorgerufen durch die Unternehmung, sondern durch die ausführende Firma, dort und da zu Schwierigkeiten geführt hat, die natürlich auf der Mieterseite keine helle Freude auslösten. Es ist daher ein Auftrag ergangen, das Tempo dieser Aktion etwas zu drosseln, damit Schwierigkeiten solcherart womöglich unterbleiben. Es ist, glaube ich, doch jetzt wieder eine Beruhigung eingetreten, denn das spielt mit auch in die finanziellen Überlegungen und ich glaube, daß man jetzt abwarten soll, wie die Aktion weiterläuft. Momentan ist sie etwas abgestoppt und wird wieder mit etwas vermindertem Tempo weitergeführt. Wir hoffen, manche Schwierigkeiten von vornherein vermeiden zu können. Das ist eine Erklärung allgemeiner Art zu dieser Erdgasumstellung.

Der Direktor der Unternehmungen ist deswegen hier, das sind auch tech-

nische Fragen, und wenn gewünscht wird, kann uns Direktor Schlederer in technischer Hinsicht bezüglich der Ratenzahlungen Aufklärung geben. Er ist nicht befugt, Entscheidungen des Gemeinderates weder vorwegzunehmen noch beschlossene abzuändern. Er kann natürlich nur im Rahmen seiner technischen Möglichkeiten Erklärungen geben. Bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Bevor vielleicht Direktor Schlederer Stellung nimmt, möchte ich grundsätzlich dazu sagen, daß diese Erleichterung, die ich angeführt habe, mehr oder weniger doch auf den Anregungen von uns basieren, nicht im Gemeinderat beschlossen worden sind und ich bin auch nicht zufrieden, daß man die Schwierigkeiten nur auf die technische Seite hinschiebt. Schwierigkeiten werden halt auftreten. Ich glaube als Gemeinderat müssen wir schon diese Feststellungen, die getroffen werden, daß man zumindestens von Amts wegen prüft, ob stimmt, was ich hier sage, wenn man es nicht glaubt. Aber man kann es doch nicht einfach sowegschieben und sagen, das ist kein Problem in der Bevölkerung. Es ist ein sehr großes Problem, weil es eben so viele Pensionisten betrifft, vor allem in diesen Alt-Neubaugebieten, wo die Wohnungen so 1955 oder 1956 auf der Ennsleite entstanden sind. Wir haben das nicht am Tabor anzutreffen, weil dort meist die Geräte nur umgestellt werden müssen, also umbaufähige Geräte waren und dadurch ...

ZWISCHENRUF:

Es waren auch am Tabor viele!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Schon, aber nicht in dem Ausmaß wie in den Gebieten, die ich angeführt habe, wo es unbedingt notwendig ist und diese Kosten auflaufen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Bitte, der Herr Magistratsdirektor macht mich gerade aufmerksam, daß am 20. 9. des Vorjahres diese Umbauaktion hier im Gemeinderat und nicht im Stadtsenat beschlossen wurde mit der Aufwendung von S 800.000,-.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Das ist ein bißchen unlogisch.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Es wäre vielleicht doch zur Klarstellung wichtig, wenn Direktor Schlederer gerade die Kosten der Öfen erläutern würde. Denn, das muß man hier auch sagen, daß die Unternehmungen eine Einrichtung der öffentlichen Hand sind und nicht einfach wie ein privater Gewerbetreibender in der Lage ist, Rabatte in verschiedener Form zu gewähren, das dann am Ende vermutlich verschiedene Kosten herauskommen. Ich vermute, daß das die Überlegung des Gemeinderates Treml ist. Aber, bitte Herr Direktor Schlederer einige Aufklärungen dazu.

DIREKTOR DER STÄDTISCHEN UNTERNEHMUNGEN OBERAMTSRAT ROBERT SCHLEDERER:

Wenn ich zunächst sagen darf, die Ratenmodalitäten sind eindeutig geklärt. Bis zu 16 Monatsraten haben wir von der Magistratsdirektion die Genehmigung, Ratenverträge abzuschließen. Bis zu 24 Monatsraten im Einvernehmen mit der Magistratsdirektion. Es sind bisher 5 Fälle, die 24 Monatsraten beansprucht haben. Mehr als die Hälfte aller Gasbezieher zahlen bar. Bezüglich der Preisdifferenzen, das läßt sich nicht so ohne weiteres vergleichen. Wenn ich bei einer Privatfirma einen Herd kaufe, so muß ich auch das Hinführen und Montieren bezahlen. Das übernehmen auch wir. Da kann schon eine kleine Diffe-

renz entstehen. Es gibt, z. B. Großhandelsfirmen, wie Kaindl ...

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT OTTO TREML:

S 500,--!

OBERAMTSRAT ROBERT SCHLEDERER:

Ich kann Ihnen keine Antwort geben, weil ich die Prospekte dieser Firma nicht habe. Aber auch bei uns werden Prozente hergegeben, wenn es sich um Luxusgeräte handelt. Da ist es leicht möglich. Wir haben im Einvernehmen mit der Magistratsdirektion die Ermächtigung, bis zu 10 % nachzusehen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wie hoch ist die Beanspruchung der Standardgeräte im Vergleich zu der besseren Ausstattung?

OBERAMTSRAT ROBERT SCHLEDERER:

80 % sind Umtauschgeräte!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Also die beziehen ein besseres Gerät?

OBERAMTSRAT ROBERT SCHLEDERER:

Die beziehen das Aktionsgerät und nur 20 % sind sogenannte Luxusgeräte oder bessere Geräte.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Danke. Das ändert aber nichts daran, daß wir den Beschluß fassen müssen. Darf ich noch einmal fragen, ob jemand dazu das Wort wünscht? Ich stelle fest, das ist nicht der Fall. Der Antrag ist durch Stadtrat Kinzelhofer gestellt. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich, ein Zeichen

mit der Hand zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Ich darf auch hier die Einstimmigkeit feststellen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der nächste Antrag betrifft die Trinkwasserversorgung für den Ortskern Christkindl, und zwar ist eine Bürgermeisterverfügung vom 19. 2. 1974 auf Grund der Dringlichkeit zu genehmigen.

21) ÖAG-3357/71

Wasserwerk

Ergänzung des StS-Beschlusses, betreffend die Trinkwasserversorgung für den Ortskern Christkindl.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 19. 2. 1974, ÖAG-3357/71, womit wegen Dringlichkeit nachstehendes angeordnet wurde, wird hiermit genehmigt:

"Auf Grund des Amtsberichtes der Städt. Unternehmungen vom 13. 2. 1974 wird in Ergänzung des Stadtse-natsbeschlusses vom 6. 12. 1973 zu obigem Gegenstand der Gewährung eines Vorfinanzierungsdarlehens in Höhe von

S 140.260,-

zugestimmt.

Der genannte Betrag wird als außerplanmäßige Ausgabe bei VP 911-85 oH. bewilligt. Die Deckung hat aus Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche um die Genehmigung dieser Bürgermeisterverfügung.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Darf ich eine Wortmeldung registrieren? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen zu diesem Antrag? Ebenfalls keine, damit ist der Antrag einstimmig beschlossen.

Damit ist Kollege Kinzelhofer aus der Berichterstattung entlassen. Als Nächster Herr Stadtrat Schwarz.

BERICHTERSTATTER STADTRAT HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen 4 Anträge des Stadtsenates und einen Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses zur Beschlüßfassung vorzulegen.

Der erste Antrag beschäftigt sich mit der Mittelfreigabe für den 2. Zubau zur Schule Ennsleite. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

22) Bau5-4778/69

2. Zubau zur Schule Ennsleite; Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 18. 2. 1974 wird im Grunde des Gemeinderatsbeschlusses vom 14. 9. 1971 (Baumeisterarbeiten - Fa. Prameshuber) und des Stadtsenatsbeschlusses vom 1. 7. 1971 (örtliche Bauleitung - Ing. Erich Schomann) eine überplanmäßige Ausgabe von

S 150.000,--

(Schilling einhundertfünzigtausend)

bei VP 21-92 aoH. bewilligt. Die Deckung hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.

Gleichzeitig wird zur Restabwicklung des gegenständlichen Bauvorhabens für das laufende Rechnungsjahr der Betrag von

S 50.000,--

(Schilling fünfzigtausend)

bei der vorgenannten Haushaltsstelle freigegeben.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Dazu eine Wortmeldung? Ich sehe, es ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? Keine Gegenstimme, daher einstimmig beschlossen.

STADTRAT HEINRICH SCHWARZ:

Im Stadtbad Steyr wird ein Kinderspielplatz errichtet. Hiefür sollen heuer Mittel freigegeben werden. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

23) Bau5-4021/72

Kinderspielplatz Stadtbad; Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 22. 2. 1974 wird für die Errichtung des Kinderspielplatzes Stadtbad für das laufende Rechnungsjahr der Betrag von

S 239.900,--

(Schilling zweihundertneunddreißigtausendneuhundert)

bei VP 722-92 aoH. freigegeben.

Ich darf auch hier um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ist dazu eine Wortmeldung erwünscht? Das ist nicht der Fall. Ich darf auch hier nach dem Vorgang vorgehen. Gibt es eine Gegenstimme oder Stimmenthaltung? Ich stelle fest nein, daher einstimmig beschlossen.

STADTRAT HEINRICH SCHWARZ:

Nach den Vereinbarungen mit der Forum-Planungsabteilung ist die Gemeinde verpflichtet, einen Kostenanteil bei den Abbrucharbeiten zu tragen. Hier liegt folgender Antrag des Stadtsenates vor:

24) Bau3-2271/72

Abbruch Schraderhof; Kostenanteil der Stadtgemeinde Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht der MA III vom 29. 1. 1974 wird der Leistung eines Kostenanteiles der Stadtgemeinde Steyr an den Abbrucharbeiten Schraderhof in Höhe von

S 246.906,--

(Schilling zweihundertsechsvierzigtausendneunhundertsechs)

zugestimmt.

Der Betrag ist aus VP 664-911 aoH zu nehmen.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Eine Wortmeldung erwünscht? Herr Kollege Fahrnberger bitte!

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG FAHRNBERGER:

Wie unsere Fraktion schon beim Kauf dieses Grundstückes ausgeführt hat, erscheint uns der Kaufpreis pro m² für dieses Kaufhaus sehr gering, als große Gewerbeförderung, die diesem Objekt nicht gebührt und wir haben damals ein Anliegen vorgebracht, das Parkhaus zum Nulltarif für die Mitbewohner oder für die Bewohner der Stadt Steyr freizugeben. Nachdem das damals nicht der Fall war, sind wir heute der Meinung, daß nach dem großen Geschenk der Stadt Steyr an diese Gesellschaft diese ohne weiteres die gesamten Kosten für den Abbruch des Schraderhofes bezahlen kann und wir als Gemeinde das damals schon hätten ausmachen sollen. Selbst wenn nicht der gesamte Schraderhof auf dem Grund steht, der dieser Gesellschaft zufallen wird.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Weitere Wortmeldungen?

STADTRAT HEINRICH SCHWARZ:

Darf ich vielleicht zur Aufklärung etwas mitteilen, und zwar setzen sich diese Kosten, die hier der Gemeinde anfallen, zusammen aus einem Betrag von S 172.000,-, das ist der vereinbarte Kostenanteil aus dem Vertrag, der vertraglich geregelt ist. Außerdem ein Betrag von S 40.000,- für Deponie wertvoller Abbruchmaterialien, Steingewände, Granitstufen usw. Sie wissen, daß aus dem Schraderhof solche Gegenstände angefallen sind. Die Kosten für die Deponie hat die Gemeinde übernommen. Soweit zur Aufklärung, wie sich dieser Betrag zusammensetzt.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich registriere keine weitere Wortmeldung. Darf ich den Antrag daher abstimmen? Gibt es Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? 2 Gegenstimmen - FPÖ-Fraktion. Die übrigen Gemeinderatsmitglieder schließen sich dem Antrag an. Er ist somit mit Mehrheit beschlossen.

STADTRAT HEINRICH SCHWARZ:

Der letzte Antrag des Stadtsenates behandelt die Restabwicklung für den Ausbau der Aufschließungsstraße der Industriegründe entlang der Haager Straße. Der Antrag lautet:

25) Bau3-5687/72

Restabwicklung des Ausbaues der Aufschließungsstraße der Industriegründe entlang der Haager Straße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Restabwicklung des Ausbaues der Aufschließungsstraße der Industriegründe entlang der Haager Straße wird der Betrag von

S 800.000,--

(Schilling achthunderttausend)

bei VP 664-920 aoH freigegeben.

Ich ersuche um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ist dazu eine Wortmeldung erwünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen? Ich darf den Antrag als einstimmig beschlossen registrieren lassen. Danke.

STADTRAT HEINRICH SCHWARZ:

Der Finanz- und Rechtsausschuß stellt einen Antrag an den Gemeinderat. Dazu darf ich kurz folgendes erläutern:

Von der ÖVP- und FPÖ-Gemeinderatsfraktion wurde am 1.3. 1974 ein Antrag auf Erhöhung der Förderungsmittel für die gewerbliche Wirtschaft vom 28. 2. 1974 eingebracht. Im Finanz- und Rechtsausschuß wurde dieser Antrag eingehend behandelt. Der Finanz- und Rechtsausschuß ist mehrheitlich zur Auffassung gelangt, diesem Antrag der ÖVP nicht die Zustimmung zu erteilen. Die Gründe dafür darf ich kurz anführen:

Der Voranschlag 1974 wurde unter Beachtung der Bestimmungen des § 49 und § 50 StS. festgestellt. Im außerordentlichen Haushalt wurden unter der VP 75-91 "Förderung der gewerblichen Wirtschaft, Zuschüsse für Gewerbeförderung" S 250.000,- eingesetzt. Bis zu diesem Bericht wurde im Budgetjahr 1974 aus dieser VP noch keine Ausgabe getätigt. Es ist daher haushaltsrechtlich nicht möglich, diese VP derzeit als überplanmäßige Ausgabe gemäß § 51 StS. auf S 500.000,- zu erhöhen.

Als weitere Argumente möchte ich anführen, daß die Stadtgemeinde Steyr die Ausgaben zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft keineswegs auf die VP 71-91 aoH allein beschränkt. Unter der VP 77-91 oH werden die ständig steigenden Abgänge des Fremdenverkehrsverbandes - die sind auch als Gewerbeförderung anzusehen - gedeckt. Ich darf auch sagen, daß die Gemeinde Steyr darüberhinaus im Bezug auf Gewerbeförderung viele Lei-

stungen bisher schon erbracht hat. Vielleicht kurz zur Geschichte dieser S 250.000,-, die erstmals im Jahre 1968 im Budget auf Vorschlag der Sozialistischen Fraktion aufgeschienen sind. Ich darf dazusagen, daß dieser Betrag ursprünglich gedacht war und auch heute noch gedacht ist als Förderung von Betriebsneugründungen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nur ein Beispiel aufzeigen. Die Gemeinde Steyr hat vor einigen Jahren das Hotel Münichholz um einen Betrag von S 5 Mill. angekauft. Es wurden dort mehr als 600 Arbeitsplätze geschaffen und wir glauben, daß hier die Gemeinde sicher sehr viel an Gewerbeförderung, zur Förderung von Gewerbebetrieben bzw. Industriebetrieben, beigetragen hat. Darüber hinaus darf ich anführen, daß die Industrie gründe, die von uns zur Verfügung gestellt werden für einheimische Firmen auch zu einem sehr niedrigen Preis, zu einem sicherlich tragbaren Preis für die Betriebe, beigestellt werden.

Ich darf nun den Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses zur Verlesung bringen:

26) Präs-77/74

Antrag der ÖVP- und FPÖ-Fraktion im Gemeinderat, betreffend Erhöhung der Förderungsmittel für die gewerbliche Wirtschaft.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Antrag der ÖVP- und FPÖ-Gemeinderatsfraktion vom 28.2. 1974, welcher lautet "Die im aoH veranschlagte VP 75-91 von S 250.000,- wird zum Zwecke der gesteigerten Förderung der gewerblichen Wirtschaft auf S 500.000,- erhöht. Der Magistrat wird mit der Ausarbeitung entsprechender Vergaberichtlinien beauftragt" wird in dieser Form nicht angenommen.

Der Gemeinderat behält sich jedoch vor, bei Ausschöpfung des bud-

getmäßigen Ansatzes der VP 75-91 aoH und bei Vorliegen konkreter Vorhaben neuerlich im Sinne des oben zitierten Antrages zu entscheiden.

Ich ersuche Sie, daß Sie im Sinne des Antrages entscheiden, das heißt, daß Sie dem Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses auf Ablehnung des Antrages der ÖVP Ihre Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Der Antrag steht zur Diskussion. Herr Gemeinderat Fritsch bitte!

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich glaube, daß der Antrag, der Ihnen heute zur Beschlußfassung vorliegt und von den beiden Fraktionen initiiert wurde, wohl seine Gründe hat. Diese Gründe sind in erster Linie unserer Ansicht darin zu suchen, daß man zwar, so wie Kollege Schwarz angezogen hat, Gewerbeförderung in Steyr betreibt, Gewerbeförderung aber - das ist aus den Worten des Kollegen Schwarz zu entnehmen - vorwiegend für die Großbetriebe. Ich erwähne noch einmal Telefunken. Es ist im Finanz- und Rechtsausschuß desgleichen erklärt worden das Forum-Kaufhaus ist auch der Gewerbeförderung dienend. An und für sich eine von einer Seite aus gesehen richtige Argumentation. Aber dieser Gewerbeförderungsbetrag in der erwähnten Voranschlagspost von S 250.000,- wird unserer Ansicht doch dahingehend zu verwenden sein, den kleineren Gewerbetreibenden, ob das nun Gastronomie-, Fremdenverkehrsbetriebe oder überhaupt wirtschaftliche Kleinunternehmen sind, etwas hilfreich unter die Arme greifen zu können. Dieses etwas hilfreich unter die Arme greifen kann man auch sicher-

lich dahingehend feststellen, daß man direkte Gewerbeförderung für diese Kleinbetriebe an und für sich nur in sehr bescheidenem Rahmen zu verzeichnen hat. Dieser sehr bescheidene Rahmen ist automatisch dokumentiert durch den Amtsbericht zu diesem unseren Antrag. Man braucht nur die einzelnen Summen, die im Amtsbericht angeführt worden sind, zugrunde legen, dann muß man festhalten, daß vom Voranschlagsposten S 250.000,- im Jahr 1972 maximal S 52.000,- verbraucht wurden. Die nächste Frage drängt sich nun auf, wofür sind diese S 52.000,- maximal verbraucht worden? Wir wissen alle, daß das einzig und allein der Förderung des Einbaues sanitärer Anlagen diene. Ich möchte den üblichen Terminus jetzt nicht unbedingt wiederum in Anwendung bringen. Ich würde bitten, vielleicht den Gegenbeweis anzutreten, daß auch für weitere gezielte Gewerbeförderung, z. B. im Jahre 1971, S 4.000,-, in einer horrenden Summe also, ausgelegt wurden. Wenn man nun eine einfache Rechnung aufstellt, die dahingehend lautet, daß der Höchstbetrag von S 6.000,- pro Einzelfall Gewerbeförderung für sanitäre Anlagen umgelegt werden müßte auf die einzige Möglichkeit im Bezug auf Toiletteverbesserung, drücken wir es etwas einfacher aus, für S 250.000,-, da müßte man sagen, es wäre an und für sich ein sehr schöner erklecklicher Betrag. Nur ist man an und für sich verhältnismäßig bald fertig, denn jedes Fremdenverkehrslokal, jeder Betrieb wird nur einmal seine Toiletten sanieren. Er kann nicht Jahr für Jahr zusätzliche Toiletten bauen. Gerade aus der Überlegung heraus, daß einzig und allein für diesen Zweck diese S 250.000,- theoretisch und in der Praxis nur rund S 50.000,- maximal angesetzt wurden, haben wir uns erlaubt, Ihnen dahingehend einen Vorschlag zu unterbreiten, der eine wesentlich gezieltere Gewerbeförderung

bedeuten könnte, in einer Höhe, die dem Gemeinderat sicherlich nicht abträglich oder unerschwinglich erscheint. Es ist dies eine Verdoppelung der veranschlagten Post von S 250.000. Weil wir glaubten, mit diesem Betrag real eingeschätzt auf jeden Fall eine gezielte Förderung der Gewerbe betreiben zu können, aber nicht nur gezielt auf Sanitäranlagenumbau, sondern es gibt heute Kleingewerbe, die ständig im Existenzkampf stehen, vielleicht auch deswegen im Existenzkampf stehen, weil man Großkaufhäuser - ich möchte keine Namen nennen - Ihnen als Konkurrenz vor die Türe setzt. Eigentlich müßte man versuchen, dem kleinen, bodenständigen Gewerbe seine Existenzberechtigung zu erhalten. Und um seinen Gewerbebetrieb etwas rationalisieren, modernisieren - Portalumbau usw. - zu können, haben wir eben gemeint, daß aus diesen Mitteln, die wir zur Verfügung stellen könnten, eine solche gezielte Gewerbebeförderung betrieben wird. Wir dürfen eines nicht vergessen, auch der kleine Gewerbetreibende, egal ob er jetzt Wirtschafts-, Fremdenverkehrs- oder Gastronomiebetriebe führt, hat sicherlich auch ein erkleckliches Maß an Steuerleistung für unsere Stadt und dadurch der Allgemeinheit dienenden Mittel zu tragen. Daß es eigentlich, ich möchte nicht einmal sagen eine Art von Dankeschuld wäre, sondern eine Art von Selbstverständlichkeit, diesen Betrieben von Seiten der öffentlichen Hand etwas hilfreich unter die Arme zu greifen. Noch dazu, da wir alle wissen, daß durch eine neu eingeführte Steuer, - erlauben Sie mir, den üblichen Passus Biersteuer zu verwenden - die veranschlagt, das heißt vorausgesehen, S 2 Mill. erbringt, wobei selbstverständlich von uns niemals die Meinung vertreten wurde, daß man diese S 2 Mill. direkt einzig und allein den Gastronomiebetrieben wieder zukommen lassen soll, sondern daß nur durch die ge-

steigerten Steuereinkommen unserer Stadt sich daraus eine Möglichkeit bietet, im bescheidenen Rahmen eine gezieltere Gewerbebeförderung zu betreiben. Aber ist uns allen bekannt, daß im Finanz- und Rechtsausschuß eben von Seiten der Mehrheitsfraktion eine gegenteilige Meinung zu dieser Problematik und zu unserem Antrag zutage getreten ist. Wobei man vielleicht auch noch auf eines hinweisen müßte, daß zwar, ich muß den Amtsbericht in gewisser Hinsicht zitieren, eine widmungsgemäße Verwendung von auf der einen Seite eingenommener Steuergelder im aoH nicht möglich ist, haushaltsrechnerisch, nachtragsvoranschlagsmäßig usw. Wir dürfen aber vielleicht eines, sehr geehrte Damen und Herren, dabei nicht vergessen. Formalrechtlich bestehen sicherlich gewisse Schwierigkeiten. Aber diese formalrechtlichen Schwierigkeiten beginnen bereits bei der sogenannten Biersteuer, die auch nicht im neuen Haushaltsvoranschlag enthalten ist, wobei wir aber aus den Worten des Herrn Finanzreferenten dazumals erfahren haben, daß diese neue Steuer S 2 Mill. an Steuermehreinnahmen uns bringen wird. Daher könnte aus diesen bereits theoretisch präliminierten S 2 Mill. ein Betrag von S 250.000,- wohl für eine gezielte Gewerbebeförderung abgezweigt werden. Diese gezielte Gewerbebeförderung dürfte selbstverständlich nicht unbedingt einzig und allein gewissen Umbauten allein zugute kommen, sondern wir haben uns eben diesbezüglich überlegt, daß eine entsprechende Vergabemodalität ähnlich und in Anlehnung jener, die bei der OÖ. Landesregierung diesbezüglich bereits Platz gegriffen hat, auch für Steyr und für die Förderung aller Kleingewerbebetriebe anwendbar wäre. Wir glaubten auch, daß bei einer positiven Erledigung dieses unseres Antrages es selbstverständlich unsere bzw. in diesem Fall auch in Zusammenarbeit die

Freiheitliche Fraktion ist, Ihnen einen diesbezüglichen Vorschlag einer solchen Vergabeordnung, wie man sie bezeichnen möchte, unterbreiten dürften.

Gerade, sehr geehrte Damen und Herren, aus der Überlegung heraus, daß wir unseren kleinen Gewerbetreibenden, daß wir unseren Steuerzahlern gegenüber eine gewisse Verpflichtung haben, ihnen bei ihrem schweren Existenzkampf etwas behilflich zu sein. Aus dieser Überlegung heraus ersuche ich Sie, sehr geehrte Damen und Herren, diesem unseren primär vorliegenden Antrag auf Erhöhung dieser Voranschlagspost auf S 500.000,- die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Weitere Wortmeldungen? Herr Kollege Fahrnberger!

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG FAHRNBERGER:

Sehr geehrte Damen und Herren, werteres Präsidium!

Ich habe an und für sich diesen Ausführungen meines Vorredners nicht mehr allzuviel hinzuzufügen, im Detail hinzuzufügen, jedoch möchte ich im allgemeinen einige wichtige Dinge zu diesem Problem sagen. Sie alle wissen doch, daß die Struktur Steyrs und die wirtschaftliche Kraft Steyrs im Verhältnis zu anderen Gemeinden gleicher Größenordnung im Laufe der letzten Jahre, im Laufe der letzten 10 Jahre, immer abgenommen hat. Wir müssen doch daraus schließen, daß bei uns in Steyr Maßnahmen nicht gesetzt wurden, dieses Hintankommen gegenüber anderen Gemeinden zu stoppen oder positiv umzukehren. Es handelt sich doch bei der Förderung der gewerblichen Wirtschaft aber auch einiger Industriebetriebe nicht darum, daß jetzt - im Großen gesehen - die einzelnen Industriebetriebe gefördert werden, sondern es muß sich darum

handeln, daß wir uns Arbeitsplätze sichern, daß wir Arbeitsplätze bekommen, daß wir Arbeitsplätze bekommen, die so gut dotiert sind, daß auch die schlechteren Einkommensbezieher bzw. mittleren Einkommensbezieher garantiert für die nächste Zeit mindestens dieses Einkommen in Relation zur Teuerung oder noch mehr bekommen können. Es geht also darum, daß wir die Struktur Steyrs verbessern, daß wir von der schlechteren Struktur zur Zeit von dem speziellen Eisenfuß wegkommen, daß wir in andere Gebiete hineinbrechen und daß wir damit die Arbeitsplätze, wenn eine Krise am Metallsektor einsetzen sollte, doch vieler Steyrer schützen können. Sie wissen doch, daß ein Großteil aller Steyrer Bewohner, aber auch ein Großteil der Bewohner des Umlandes von einem einzigen Betrieb in Steyr abhängen. Sie wissen auch, daß, wenn dieser Betrieb in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen sollte oder wenn er seine Produktion verlagern sollte, Dinge, die derzeit überhaupt nicht im Raum stehen, aber ohne weiteres, wenn wir uns vergegenwärtigen, wie es mit anderen Betrieben passiert ist, passieren könnten. Was passiert dann mit Steyr? Was passiert wirtschaftlich gesehen mit dem Arbeitnehmer? Das wäre ein Niedergang. Wir müssen uns also auf mehrere Füße stellen, wir müssen versuchen, mehrere Stützen zu bekommen. Wir dürfen nicht wieder so handeln als schon einmal, als Brown Boveri weggegangen ist, als Brevillier Urban nicht gebaut hat, als Porsche sich abgewendet hat. Wir müssen solche Mißgriffe verhindern. Allerdings, der heutige Antrag ist nur ein kleiner Stein in dieses Mosaik. Wir wollen aber auch die derzeit hier ansässigen Gewerbebetriebe, Fremdenverkehrsbetriebe und andere Betriebe so stabilisieren, dort wo es notwendig ist oder so forcieren, so aktivieren, daß

sie in ihrer Größe, in ihrer Aktivität sich steigern können, um damit dem Arbeitnehmer mehr Sicherheit geben zu können und auch mehr Einkommen sichern können. Das war unser Wunsch und nun zum Amtsbericht.

Ich glaube nicht, daß der Antrag so verstanden werden kann, daß die Einführung der Biersteuer als Zweckbindung gemeint sein kann. Wir haben mehr Geld verlangt, dieses Geld muß ja irgend woher genommen werden. Also wir wollten auch damit sagen, wo eine Deckung gesucht werden kann, das heißt aber noch nicht, daß wir die Deckung nur darin sehen. Das ist ein gesamter Topf. Wir haben nur gesagt, es sind so und so viele Mehreinnahmen 1974 zu erwarten, die gar nicht vorpräliminiert waren und aus diesem Mehrtopf könnten wir das nehmen.

Meine Damen und Herren, ich ersuche Sie noch einmal, den gefaßten Beschluß des Finanz- und Rechtsausschusses sich zu überlegen und eventuell diesem Antrag zuzustimmen. Auf Grund dieses Amtsberichtes, den ich leider erst heute bekommen habe, durch meine Schuld, weil ich ja beim Finanz- und Rechtsausschuß beruflich in Italien war, möchte ich einen ad hoc-Antrag stellen. Ich möchte laut Geschäftsordnung einen Ergänzungsantrag zu diesem Antrag stellen. Es steht im Amtsbericht, wie groß die Ausschöpfung der bisherigen Summen war. Diese Ausschöpfung läßt doch eindeutig zu, daß die Maßnahmen, daß die Grundlagen für die Vergabe dieser Summen nicht richtig waren, daß diese Grundlagen entweder nicht publiziert waren oder daß sie nicht breit genug waren, um diese Summe auszuschöpfen. Ich stelle also den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, daß für die Vergabe der bestehenden Mittel für die Gewerbeförderung neue Richtlinien erstellt werden mögen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Herr Ing. Fahrnberger, ich muß

Sie bitten, den Antrag zu präzisieren oder ihn als Abänderungs- oder Zusatzantrag zu deklarieren, nachdem Sie ja zum Hauptantrag einen Antrag gestellt haben.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG FAHRNBERGER:

Ja, ich glaube, ich habe vorhin schon gesagt, ich möchte ihn als Zusatzantrag deklariert sehen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Damit steht fest, daß er nach der Abstimmung über den Hauptantrag behandelt werden wird.

Meine Damen und Herren, zuerst hat sich Gemeinderat Treml gemeldet, anschließend Stadtrat Wallner.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wertres Präsidium!

Ich habe auch schon im Finanz- und Rechtsausschuß gegen den Antrag von Seiten der Fraktion der ÖVP und der Freiheitlichen Partei Stellung genommen, was bei uns üblich ist, wenn wir Anträge ablehnen, daß wir auch dazu unsere Meinung sagen. Es ist nur bezeichnend für beide Fraktionen, daß sie hier dokumentieren, mit welcher Vehemenz sie sich einsetzen, wenn es geht, Unternehmerinteressen zu vertreten. Ich möchte hier noch einmal unterstreichen, es hätte mich sehr gefreut, als wir die Frage der Gasumstellung behandelt haben, wenn beide Parteien so antragsfreudig gewesen wären und von ihrem Antragsrecht Gebrauch gemacht hätten und nicht nur sich auf einige Worte, die sie bei der Budgetberatung in dieser Richtung geäußert haben, bezogen hätten. Meine Damen und Herren, Kollege Schwarz hat angeführt, er hat das Beispiel von der Gewerbeförderung von Seiten der Mehrheitsfraktion - ich möchte sagen von allen Fraktionen her - unterstrichen im Bezug des Ankaufes Hotel Mü-

nichholz, die Etablierung von Telefunken, womit hunderte Arbeitsplätze in Steyr geschaffen wurden. Ich möchte hier, obwohl es eigentlich nicht meine Aufgabe sein müßte, anziehen, daß die Gewerbeförderung von Seiten der Stadtverwaltung weit darüber hinausgeht. Denken Sie doch an die billigen Gründe für Gewerbebegründungen in der Haagerstraße oder am Tabor. Denken Sie an die hohen Aufschließungskosten, die getragen werden und vergleichen Sie damit - ich möchte hier auch die Fassadenaktion im Altstadtgebiet erwähnen - und bedenken Sie gleichzeitig, welche Förderungsmittel eigentlich von der Stadt ausgegeben wurden, um den Bedürftigen unserer Stadt unter die Arme zu greifen. Ich glaube nicht, daß es unsere Aufgabe ist und es unsere Stadtfinanzen überhaupt erlauben, besonders dem Unternehmer unter die Arme zu greifen und ihm zu helfen, sich weiter auszubauen. Ich erinnere Sie daran, daß z. B. wohl die Fassadenaktion mit Stimme der Kommunisten durchgeführt wird - sie soll auch weitergeführt werden - aber z. B. daß tausende Mieter in Münchenholz nach Jahrzehnten noch in Häusern wohnen, wo sie in der Nacht oft nicht einmal das Tor finden, weil der Tarnanstrich noch von der Kriegszeit darauf ist und dort diese Enttarnung nur durchgeführt werden kann, wenn finanzielle Mittel vorhanden sind. Man könnte es ohne weiteres machen, dann müßten es die Mieter alleine bezahlen und nicht die Gemeinn. Wohnungsgesellschaft, weil sie kein Geld zur Verfügung hätte. Hier wäre es eine echte Aufgabe, gerade in der Richtung, daß man nicht bei der Tausendjahrfeier noch den Tarnanstrich auf vielen Häusern in Münchenholz hat, daß hier die Stadt Förderungsmittel zur Verfügung stellt. Oder können Sie mir vielleicht sagen, daß in den letzten Jahren oder Jahrzehnten von Seiten der Stadt ein billiger Baugrund für Menschen zur Verfügung gestellt wurde,

die ihr Wohnungsproblem, das in unserer Stadt so prekär ist, selbst lösen, nämlich in der Form, daß sie ein Eigenheim bauen? Daß sie hier einen billigen Grund bekommen hätten. Hier reichen offenbar die finanziellen Mittel nicht aus. Ich glaube, wenn man das in dieser Richtung sieht, dann müssen sich hier doch die Lager etwas verschieben. Ich glaube auch, dazu ein Wort sagen zu müssen, daß Kollege Fritsch im Finanz- und Rechtsausschuß meinte, heute hat er es ja nicht wiederholt, wir müssen den Gewerbetreibenden oder Unternehmen einen Investitionsanreiz geben. Da möchte ich nur eines feststellen. Beim österreichischen Arbeiterkammertag - es ist auch die ÖVP vertreten gewesen - da hat meine Fraktion einmütig festgestellt, daß Österreich in der Steuerbegünstigung für Selbständige an der Spitze steht. Dazu möchte ich noch erklären, daß gerade die Steuerschulden von Seiten der Selbständigen auch unter dem sozialistischen Finanzminister jetzt schon auf S 5,5 Milliarden angestiegen sind. Ich möchte nur erinnern, daß die Arbeiter und Angestellten froh wären, wenn sie die Lohnsteuerreform oder Vorleistung noch in diesem Jahr bekommen würden. Aus diesem Grund lehnen wir Kommunisten den Antrag dieser beiden Fraktionen ab.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Die nächste Wortmeldung Herr Stadtrat Wallner!

STADTRAT MANFRED WALLNER: Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich erlaube mir, auch einige Worte zum gegenständlichen Antrag zu sagen. Ich möchte mich nicht mit dem materiell rechtlichen Teil des Amtsberichtes auseinandersetzen, das ist auch gar nicht Sinn und Zweck des

Gemeinderates. Ich darf aber feststellen oder ich würde mich freuen, wenn es in vielen anderen Fällen solche tiefeschürfenden Überlegungen, die sich immerhin über 3 Seiten erstrecken, wegen, in dem Fall - gestatten Sie mir das - nur S 250.000,- geben würde. Ich persönlich sehe einen gewissen Widerspruch zwischen dem ersten Teil und dem sogenannten zweiten Teil des Amtsberichtes. Der erste Teil des Amtsberichtes nimmt grundsätzlich eine ablehnende Haltung ein und begründet dies mit rechtlichen Überlegungen. Im zweiten Teil wird die Geschichte allerdings etwas versöhnlicher, denn wenn ich Ihnen kurz den Satz vorlesen darf: "Auch daraus ist eine Notwendigkeit zur Erhöhung ohne konkreten Anlaß nicht zu erkennen. Sollte jedoch ein solcher eintreten, bleibt es dem Gemeinderat nach den einschlägigen Bestimmungen des Stadtstatutes immer noch vorbehalten, darüber zu entscheiden."

Zuerst sagt man im materiell rechtlichen Teil, es ginge nicht, aber hier räumt man doch grundsätzlich die Möglichkeit ein. Nun ein paar Worte zu den im Amtsbericht ausgewiesenen nicht ausgeschöpften Beträgen. Hier möchte ich mich den Ausführungen des Herrn Kollegen Fahnberger anschließen. Ich habe mir das wörtlich aufgeschrieben. Erstens liegt es sicherlich daran, daß es die Stadtgemeinde verabsäumt hat, aus welchen Gründen immer, diese Möglichkeit der Ausschöpfung oder des Erreichens verschiedener Zuschüsse zu publizieren. Das ist meines Erachtens in keinem Fall geschehen. Hier, wenn ich einfügen darf, auch ich persönlich in meiner dienstlichen Eigenschaft habe die Konsequenz daraus gezogen und gerade zur jetzigen Stunde werden - glaube ich - eine Menge von Rundschreiben in meiner Kanzlei kuvertiert, wo wir sämtliche Gastgewerbetreibende auf die Möglichkeiten hinweisen, hier An-

träge zu stellen und wir haben uns als Kammerbereiterklärt, auch bei der Abfassung dieser Anträge oder Ansuchen behilflich zu sein.

Es haben also sämtliche Gastgewerbetreibenden im Bereich Steyr das morgen in Händen.

Zweitens fehlen Vergaberichtlinien. Ich darf kurz in Erinnerung rufen, Sie werden sich alle daran erinnern, daß ich - glaube ich - durch zwei Jahre hindurch im vorigen und im vorvorigen Jahr, anlässlich der Budgetsitzung immer wieder die Erstellung solcher Vergaberichtlinien verlangt und gefordert habe. Es ist aber bis heute nicht geschehen. Bezüglich des Verweises im Amtsbericht, im vorletzten Teil, auf die Förderung durch das Land, darf ich bitte nur sagen, daß das sicherlich meines Erachtens kein Hinderungsgrund wäre, wenn das Land in dankenswerter Weise hier eine großzügige Förderung seit vielen Jahren schon durchführt, daß das durchaus kein Hinderungsgrund für eine Stadtgemeinde ist, ihre Betriebe hier zu fördern bzw. die Gewerbebeförderung zu erweitern.

Ich darf daher bitte abschließend den Appell an die Mehrheitsfraktion richten, der Aufstockung die Zustimmung zu erteilen. Wenn dies allerdings nicht der Fall ist, was ich leider Gottes fast erwarte, dann bitte ich doch zumindest den Vertreter der gewerblichen Wirtschaft - der zweite hat es ja vorgezogen, heute nicht zu erscheinen - aber doch ...

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER
FRANZ WEISS:

Der befindet sich ja auf Kur!

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Danke vielmals. Selbstverständlich nehme ich das zurück. ... den Vertreter der gewerblichen Wirtschaft in Ihrer Fraktion ersuchen, daß er unser Verlangen unterstützt. Danke.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Darf ich noch jemandem das Wort erteilen? Herr Kollege Fuchs. Der Referent wird anschließend das Schlußwort sprechen.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS: Wertes Präsidium, meine Damen und Herren!

Gleich im voraus ohne Dramatik, dafür mit rationalen Überlegungen getragen, möchte ich folgendes zu dieser Frage verlauten. Stillstand, glaube ich, ist in dieser Frage gleichbedeutend mit Rückschritt. Wir dürfen nicht still stehen, indem bekannt wird, daß hier wohl Gewerbebeförderung im Bezug auf Grundzurverfügungstellung getroffen wurde vor einigen Jahren und daß man hier in Steyr Telefunken situiert hat, sondern wir müssen auch weiterhin Förderungsmaßnahmen betreiben. Ich darf nur ganz kurz bekanntgeben, daß z. B. in Linz die Fraktion von uns einen Antrag gestellt hat, einen ähnlich gelagerten Antrag, der von der Mehrheit des Linzer Hauses - auch hier haben wir eine ähnliche Mehrheit - angenommen wurde. Es wurde in Linz für ähnlich gelagerte Förderungen ein Betrag von S 3 Mill. zur Verfügung gestellt. Hier haben wir S 250.000,- zur Debatte stehen. Das sind nicht einmal 10 % dessen, was Linz zur Verfügung stellt, obwohl Steyr in der Größenordnung nur knapp ein Zehntel von Linz ausmacht. Es verwundert daher, daß die SP Steyr hier scheinbar sich entweder mit der SP Linz nicht abgesprochen hat oder vielleicht doch andere Meinungen entwickelt. Ich würde daher ersuchen, sich den Linzer Beschlüssen anzuschließen, um hier tatsächlich echte vermehrte und verstärkte Gewerbebeförderung zu betreiben.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Noch eine Wortmeldung? Der Re-

ferent soll lieber zum Schluß reden. Herr Kollege Mayrhofer bitte!

GEMEINDERAT ERICH MAYRHOFER: Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Nachdem ich fast persönlich angesprochen wurde, möchte ich dazu nur folgendes sagen. Ich würde den Vorschlag - es ist über diese Gewerbebeförderung schon sehr viel gesprochen worden - von Kollegen Wallner sehr gerne unterstützen, aber mit dem Hinweis, daß man zuerst einmal diese S 250.000,- aufbraucht und sollte sich erweisen, daß das der Fall ist, daß man dann darüber, wie in diesem Amtsbericht bereits erwähnt, noch einmal entscheidet.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Als nächster Sprecher Herr Kollege Fahrnberger!

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG FAHRNBERGER:

Da möchte ich gleich einhaken, Herr Kollege Mayrhofer. Als 2-Mann-Fraktion ist es uns schon passiert, daß wir einen Antrag, den wir hier als Zusatzantrag deklariert eingebracht haben, wieder zurückgenommen haben mit dem Versprechen, daß er das nächste Mal auf die Tagesordnung kommt und dann kam er nicht als Antrag sondern nur als Anfrage, weil es rechtlich laut Geschäftsordnung nicht möglich ist.

Wir können, wenn dieser Antrag jetzt abgelehnt wird, mit dem Zusatzantrag nichts anfangen. Ich würde Sie bitten, damit die S 250.000,- ausgeschöpft werden können, daß Sie in Ihrer Fraktion diesen Antrag durchbringen und diese Vergabeordnung oder Richtlinien so ändern, daß sie garantiert ausgeschöpft werden. Im Grundlegenden möchte ich noch einmal dazusagen, es geht im Grunde nicht um

die Gewerbeförderung an sich, sondern wir müssen uns - das haben wir schon bei der Budgetsitzung gesagt - endlich einen Weg suchen, aus der Struktur Steyrs herauszukommen. Wir müssen uns ein Ziel setzen und das Ziel erreichen. Wir müssen uns dazu eben einzelne Unterziele setzen und ein Ziel davon ist die Gewerbeförderung. Ich muß aber auch dazu sagen, daß wir nicht einfach Gewerbe blind fördern sollen, sondern nur dort fördern, wo wir davon überzeugt sein können, daß wir das Detailziel Strukturverbesserung erreichen können.

So möchte ich Sie noch einmal bitten, diesem Antrag zuzustimmen. Danke.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Gibt es außer dem Referenten noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, dann wird als Letzter der Referent über diesen Punkt sprechen.

STADTRAT HEINRICH SCHWARZ:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Zunächst darf ich also sagen, vor 5 Minuten haben wir S 800.000,- beschlossen für die Aufschließung der Haager Straße. Das ist ein typisches Beispiel. Es wird immer, auch von Kollegen Fahrnberger - das muß man sehr deutlich sagen - ausgeführt, wir tun nichts am strukturellen Sektor. Ich will Telefunken gar nicht mehr anführen. Wir haben beschlossen, ein Hotel zu bauen. Dort werden aller Voraussicht nach ca. 100 Leute beschäftigt werden. Wir haben die Fa. Gerngroß herbekommen. Dort sind auch sicher 50 oder 60 Leute beschäftigt, die nicht in der Metallwirtschaft arbeiten, sondern die strukturell woanders arbeiten. Wir bauen das Forum, wo ebenfalls an die 100 Leute Beschäftigung finden werden. Die drei Beispiele möchte ich anführen. Das ist eine echte strukturel-

le Veränderung. Mir ist auch klar, daß das notwendig ist und daß man sich dem Zug der Zeit anpassen muß. Nur kann man nicht sagen, es geschieht nichts, wenn man fast jedes halbe Jahr so etwas beschließt. Man muß schon die Geschichte etwas überlegen und von einem Stillstand kann man wirklich nicht sprechen. Ich darf sagen, daß alle Dinge, die wir herinnen beschließen, letztlich allen in der Gemeinde zugute kommen, ob das ein Arbeiter oder ein Gewerbetreibender ist. Wenn wir irgendwo eine Straße asphaltieren oder einen Kindergarten bauen, dann kommt das doch jedem zugute. Sagen Sie mir doch den Betrieb in Steyr, der einen Betriebskindergarten hat? Nichts wird dafür ausgegeben, das soll alles die Allgemeinheit bezahlen. Das muß man einmal deutlich aussprechen. Forum wird der erste Betrieb sein, der vielleicht einen Kindergarten errichtet. Die Gemeinschaft muß immer für alle aufkommen, aber wenn die Gemeinschaft einmal etwas verlangt, dann wird nein gesagt.

Ich möchte mich da nicht mehr weiter ausbreiten, sondern möchte den Antrag stellen, daß der Zusatzantrag des Kollegen Fahrnberger abgelehnt wird und bitte, dem Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wir sind damit am Ende der Diskussion über diesen Tagesordnungspunkt angelangt. Ich darf nun darüber abstimmen lassen. Es wird vom Berichterstatter zunächst einmal der Hauptantrag ablehnend befürwortet, und zwar in der Richtung, daß gemäß seinem Antrag der Antrag der ÖVP- und FPÖ-Fraktion abgelehnt werden soll. Wer dieser Ablehnung des Hauptantrages beitrifft, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

SPÖ- und KPÖ-Fraktion für den Antrag,

8 Stimmen ÖVP- und 2 Stimmen FPÖ-Fraktion gegen den Antrag.

Der gemeinsame Antrag von ÖVP und FPÖ ist somit mit Stimmenmehrheit abgewiesen.

Wir schreiten nun zur Beschlußfassung über den vorgebrachten Zusatzantrag von Ing. Fahrnberger, wo vom Referenten auch empfohlen wurde, ihn abzulehnen. Wer dem Zusatzantrag die Ablehnung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist das klar? Wer ist für den Zusatzantrag?

8 Stimmen ÖVP- und 2 Stimmen FPÖ-Fraktion für den Antrag, SPÖ- und KPÖ-Fraktion gegen den Antrag.

Mit Stimmenmehrheit ist auch der Zusatzantrag abgewiesen.

Damit ist auch Kollege Schwarz aus seiner Berichterstattung entlassen. Wir kommen nun zur Berichterstattung Referat Wallner. Ich würde bitten, die 3 offenen Anträge jetzt vorzutragen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT
MANFRED WALLNER:

Wertes Präsidium, sehr verehrte Damen und Herren!

Ich erlaube mir, Ihnen 12 Anträge des Stadtsenates zur Genehmigung vorzulegen. Der erste betrifft die Genehmigung der Endabrechnung des Hallenbades und der Sauna.

Er hat folgenden Wortlaut:

27) Bau5-2057/68

Genehmigung der Endabrechnung
des Hallenbades und der Sauna.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 28. 2. 1974 wird die Endabrechnung des Hallenbades und der Sauna laut der anliegenden, einen wesentlichen Bestandteil dieses Beschlusses bildenden Zusammenstellung der Mag. Abt. III vom 20. 11. 1973 zur Kenntnis genommen.

Die Überschreitungen im Gesamtausmaß von

S 317.317,08,

denen Unterschreitungen von insgesamt

S 337.912,45

gegenüberstehen, werden nachträglich genehmigt.

Hinsichtlich des noch offenen Architektenhonorares (S 150.000,-) wird nach rechtskräftiger Entscheidung gesondert entschieden werden.

Ich darf um Annahme dieses Antrages bitten.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER
FRANZ WEISS:

Darf ich hier den üblichen Vorgang wählen. Gibt es eine Gegenstimme oder Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall, daher einstimmig beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Der nächste Antrag betrifft die Fortführung des Projektes "Umfahrung Hundsgraben, innerstädtischer Verkehrsring" und hat folgenden Wortlaut:

28) Bau3-2271/72

Fortführung des Projektes "Umfahrung Hundsgraben, innerstädtischer Verkehrsring".

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Für die Fortführung des Projektes "Umfahrung Hundsgraben, innerstädtischer Verkehrsring" wird für das laufende Rechnungsjahr der Betrag von

S 13.000.000,-

(Schilling dreizehn Millionen)

bei VP 664-911 aoH freigegeben.

Ich darf ebenfalls um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER
FRANZ WEISS:

Wer ist gegen den Antrag? Stimm-

enthaltungen? Keine, einstimmig beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Der nächste Antrag betrifft die Fortführung des Kanalbaues innerstädtischer Verkehrsring.

29) Bau3-2271/72

Fortführung des Kanalbaues innerstädtischer Verkehrsring.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Für die Fortführung des Bauvorhabens "Kanalbau innerstädtischer Verkehrsring" wird für das laufende Rechnungsjahr der Betrag von

S 2,000.000,--
(Schilling zwei Millionen)

bei VP 713-915 aoH freigegeben.

Ich darf um Annahme bitten.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Gibt es zu diesem Bericht eine Gegenstimme? Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall, daher einstimmig angenommen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Der nächste Antrag betrifft die Fortführung des Kanalbaues in der Zieglergasse. Er lautet:

30) Bau3-2271/72

Fortführung des Kanalbaues in der Zieglergasse.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Für die Fortführung des Vorhabens "Kanalbau Zieglergasse" wird der Betrag von

S 1,000.000,--
(Schilling eine Million)

bei VP 713-918 aoH freigegeben.

Ich ersuche um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Danke. Gegenstimmen? Keine. Stimmenthaltungen? Keine, daher angenommen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Ein weiterer Antrag betrifft die Umfahrung Seifentruhe. Der Antrag lautet:

31) Bau3-1666/73

Umfahrung Seifentruhe; Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Weiterführung des Bauvorhabens "Umfahrung Seifentruhe" wird für das laufende Rechnungsjahr der Betrag von

S 1,000.000,--
(Schilling eine Million)

bei VP 664-910 aoH freigegeben.

Ich ersuche um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wortmeldungen dazu? Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Keine, daher einstimmig beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Der nächste Antrag betrifft die Restabwicklung des Kanalbaues Seifentruhe, 2. Bauabschnitt und lautet:

32) Bau6-3072/72

Restabwicklung des Kanalbaues Seifentruhe, 2. Bauabschnitt.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Für die Restabwicklung des Bauvorhabens "Kanal Seifentruhe, 2. Bauabschnitt" wird der Betrag von

S 300.000,--
(Schilling dreihunderttausend)

bei VP 713-913 aoH freigegeben.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Eine Gegenstimme oder Stimmenthaltung vorhanden? Eine Wortmeldung liegt nicht vor, daher einstimmig beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Beim nächsten Antrag handelt es sich um die Restabwicklung des Ausbaues Wiesenberg. Er lautet:

33) Bau3-1739/72

Bau4- 346/73

Restabwicklung des Ausbaues Wiesenberg.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Restabwicklung des Ausbaues Wiesenberg wird der Betrag von

S 2, 500.000, --

(Schilling zwei Millionen fünfhunderttausend)

bei VP 664-914 aoH freigegeben.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Eine Wortmeldung dazu liegt nicht vor. Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? Keine, einstimmig beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Der nächste Antrag betrifft die Errichtung von Stützmauern im Zuge des Ausbaues der Aschacher Straße.

34) Bau3-4350/72

Errichtung von Stützmauern im Zuge des Ausbaues der Aschacher Straße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 12. 2. 1974 wird zum Zwecke des Ausbaues der Aschacher Straße der Betrag von

S 1, 126.000, --

(Schilling eine Million einhundertsechszwanzigtausend)

bei VP 664-921 aoH freigegeben.

Der entsprechende Auftrag wird der Firma Hamberger zum Anbotspreis von S 1, 125.585, - übertragen.

Ich ersuche um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört. Eine Wortmeldung? Herr Gemeinderat Sablik bitte!

GEMEINDERAT ERICH SABLIK:

Ich hätte eine Anfrage an den Herrn Referenten, und zwar gibt man da S 1 Mill. aus, um die Straßen zu verbreitern und 50 m weiter baut die Landesregierung eine Brücke hin, um sie wieder zu verengen. Ich glaube, es wäre Aufgabe des Herrn Referenten, sich da zu erkundigen und eventuell Schritte einzuleiten, die diese Dinge verhindern. Ich sehe nämlich nicht ein - das ist hinausgeschmissenes Geld - wenn ich eine schöne breite Straße dann verenge. Außerdem sind schon einige hunderttausende Schilling ausgegeben worden für die Planung des Straßenstückes, die im Widerspruch zur Errichtung dieser Brücke stehen. Ich weiß, daß Ing. Brunner, der die Planung gemacht hat, diese Brücke nicht geplant hat.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es eine Gegenstimme oder eine Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall, daher darf ich den Antrag als einstimmig beschlossen betrachten.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Der nächste Antrag betrifft die

Aufschließung Ederhof, 2. Bauabschnitt. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

35) Bau2-2663/67

Aufschließung Ederhof, 2. Bauabschnitt.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 19. 2. 1974 wird zum Zwecke der "Aufschließung Ederhof", 2. Bauabschnitt, der Betrag von

S 670.000,--

(Schilling sechshundertsiebzigtausend)

bei VP 664-926 aoH freigegeben und eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von

S 265.000,--

(Schilling zweihundertfünfundsechzigtausend)

bei derselben Haushaltsstelle bewilligt. Die Deckung hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.

Die Aufträge werden wie folgt vergeben:

1. Straßenbauarbeiten:

Firma Strabag, Linz, zum Anbotspreis von S 738.978,--

2. Elektroarbeiten:

Firma Wottawa, zum Anbotspreis von S 110.783,--.

Ich ersuche um Annahme.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Anträge. Wortmeldungen dazu? Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? Keine, daher angenommen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Jetzt kommen die 3 Anträge von Stadtrat Fürst:

Der erste betrifft die Restabwicklung des Bauvorhabens "Kanali-

sierung Gleink, Gruppen I bis V".

15) Bau6-6041/70

Restabwicklung des Bauvorhabens "Kanalisierung Gleink, Gruppen I bis V".

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Restabwicklung des Bauvorhabens "Kanalisierung Gleink, Gruppen I bis V" wird für das laufende Rechnungsjahr der Betrag von

S 4.000.000,--

(Schilling vier Millionen)

bei VP 713-912 aoH freigegeben.

Ich darf um Annahme bitten.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wortmeldungen dazu? Keine. Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist angenommen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Der zweite Antrag betrifft Sammler F, 4. Bauabschnitt; Mittelfreigabe. Er lautet:

16) Bau6-3065/65

Sammler F, 4. Bauabschnitt; Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Restabwicklung des Bauvorhabens Sammler F, 4. Bauabschnitt, wird für das laufende Rechnungsjahr der Betrag von

S 3.000.000,--

(Schilling drei Millionen)

bei VP 713-911 aoH freigegeben.

Ich ersuche ebenfalls um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wortmeldungen dazu? Ebenfalls

keine. Stimmt jemand gegen diesen Antrag? Niemand. Einstimmig angenommen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Im letzten Antrag handelt es sich um Sammler A, 3. Bauabschnitt.

17) Bau6-6900/54

Sammler A, 3. Bauabschnitt; Restabwicklung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Restabwicklung des 3. Bauabschnittes des Sammlers A wird der Betrag von

S 500.000, --

(Schilling fünfhunderttausend)

bei VP 713-910 aoH freigegeben.

Ich darf um Genehmigung ersuchen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Danke, Wortmeldungen erwünscht? Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Danke, Einstimmigkeit.

Damit ist Kollege Wallner aus seiner Berichterstattung entlassen. Herr Kollege Wippersberger bitte!

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen insgesamt 6 Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen. Der erste Antrag beschäftigt sich mit der Hundsgrabenumfahrung, und zwar mit der Ausbildung des rechten Brückenkopfes.

Sie wissen, über diesen Antrag wurde im Gemeinderat schon mehrmals debattiert und beraten. Es wurden nun neuerlich Expertengutachten eingeholt, und zwar vom Kuratorium für Verkehrssicherheit, vom Amt der

OÖ. Landesregierung und von Prof. Dipl. Ing. Dr. Raimund Dorfwith. Alle drei vorliegenden Gutachten sprechen sich eindeutig für einen kanalisierten Verkehr am Brückenkopf Ost der Schönauerbrücke aus.

Es ergeht daher der Antrag an den Gemeinderat:

36) Bau3-2299/54

Ergänzung der Gemeinderatsbeschlüsse, betreffend die Ausbildung des rechten Brückenkopfes der Schönauerbrücke.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Ergänzung der Gemeinderatsbeschlüsse vom 8. 1. 1971 und 14. 9. 1971 hat die Ausführung des rechten Brückenkopfes der Hundsgrabenumfahrung im Wege einer kanalisierten Verkehrsabwicklung zu erfolgen.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wünscht dazu jemand das Wort? Herr Kollege Fahrnberger bitte!

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG FAHRNBERGER:

Wir sind zwar keine Experten, jedoch Autofahrer und Leute, die der Bevölkerung helfen. Ich möchte hier noch einmal unsere Meinung kundtun, wenngleich ich weiß, daß sie heute nichts mehr nützen wird, nachdem sehr lange darüber gesprochen worden ist, was zu begrüßen ist. Wir glauben, ein kanalisierter Verkehr in zwei Ebenen wäre die beste Lösung. Als zweite Lösung, glauben wir, wäre ein negativer Kreisverkehr anzusehen und als 3. Lösung erst der kanalisierte Verkehr. Es ist ganz richtig, daß ein Kreisverkehr, wie die Experten sagen, dort nicht geht. Aber wir haben auch auf der neuen Brücke beim Wieser keinen Kreisverkehr, sondern einen negativen Kreisverkehr. Ein ne-

gativer Kreisverkehr in der Größenordnung wäre dort auch hingegangen. Das war nur kurz unsere Stellungnahme dazu.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Danke, Herr Gemeinderat Fritsch bitte als Nächster!

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Ich glaube, wir sind - damit meine ich unsere Fraktion - dem Gemeinderat eine Aufklärung schuldig. Sie können sich an die ungefähr 2 Jahre zurückliegende und ständig wieder aufflammende Debatte über diese Knotenlösung noch gut erinnern. Genauso gut - und Sie auch - kann ich mich entsinnen, daß die Meinung nicht unbedingt einhellig zu der jetzt vorgeschlagenen Lösung tendierte, wobei wir selbstverständlich in Steyr immer wieder 2 vollkommen konträre Verkehrsknotenlösungen vor Augen haben. Ich möchte diese Beispiele nicht noch einmal anführen, sie sind hinlänglich bekannt. Daß wir vielleicht bei all diesen Entscheidungen gewisse Emotionen in uns nicht unterdrücken könnten, daß man sich vielleicht aus Gefühlen heraus zu der einen oder anderen Lösung mehr hingezogen fühlt. Aus all diesen Überlegungen und aus all diesen Debatten resümierend, war unsere Fraktion diejenige, die den Antrag gestellt hat, sogenannte Übergutachten von den Verkehrsfachleuten Österreichs einzuholen. Diese Übergutachten liegen vor, sie sprechen sich eindeutig für den kanalisierten Verkehr aus. Wir möchten das vielleicht nicht als Entschuldigung gelten lassen dafür, daß vielleicht dort die Verkehrsregelung nicht unseren Wünschen gemäß entspricht, aber - ich glaube, da darf ich mit Ihnen allen eins sein - wir werden uns sicherlich nicht zumuten können, genau die gleichen Kenntnisse oder vielleicht noch besse-

re als anerkannte Verkehrsfachleute zu besitzen. Daher, ich möchte fast sagen, beugt sich unsere Fraktion diesem Gutachten der Verkehrsfachleute, aber wir sind uns dessen bewußt, daß die bestmögliche Lösung dadurch sicherlich nicht geschaffen worden ist. Wobei wir allerdings festhalten müssen, daß der rechte Brückenkopf endlich nach einer endgültigen Lösung schreit, sonst könnte man uns eventuell als Schildbürger bezeichnen, daß wir eine Brücke bauen und nicht wissen, wie es drüben weitergeht. Das nur nebenbei am Rande. Aber die Meinung unserer Fraktion schließt sich der Meinung der Fachgutachten an.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Danke. Der nächste Sprecher ist Gemeinderat Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe als Vertreter der Kommunisten auch öfter zu dieser Regelung, zur Ausbildung des rechten Brückenkopfes, Stellung genommen. Wir haben vorerst auch einige Bedenken geäußert im Bezug des kanalisierten geregelten Ausbaues bzw. T-Knotens, nämlich im Hinblick auf die Erfahrungen des kanalisierten Verkehrs am Tabor. Aber auf Grund des Gutachtens der Fachleute, wie es uns bei der Informationssitzung genau unterbreitet wurde, sind wir zur Erkenntnis gekommen, daß der kanalisierte Verkehr dort der günstigere zu sein scheint und vor allem was entscheidend ist, daß er lichtgesteuert ist und damit auch unsere Bedenken zerstreut sind. Wir werden daher zustimmen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wird dazu noch eine weitere Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht

der Fall. Dann darf ich um das Schlußwort des Referenten bitten.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich möchte vielleicht Kollegen Fahrnberger noch etwas sagen, und zwar am 14. 9. 1971 wurde im Gemeinderat beschlossen, den Verkehr auf einer Ebene zu führen. Es wäre auch technisch gar nicht mehr möglich, eine andere Lösung zu finden.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG FAHRNBERGER:

Das ist mir klar.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich, die Hand zu erheben. Danke. Gegenstimmen? 2 Gegenstimmen FPÖ-Fraktion. Mit Mehrheit beschlossen.

Bitte den nächsten Antrag.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Demontage der Neutorbrücke. Es ist ein Antrag des Stadtsenates und hat folgenden Wortlaut:

37) Bau4-6106/73

Demontage der Neutorbrücke.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht der MA III vom 11. Februar 1974 wird der Auftrag zur Demontage der Neutorbrücke der Firma Beer & Janischowsky zum Preise von S 620.600,- übertragen.

Die Mittel sind aus VP 664-911 aoH zu nehmen.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Gemeinderat Fuchs bitte!

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Ich darf vielleicht deponieren, wir sind nicht gegen diese Abbruchkosten, aber da ist ein Nachsatz im Aktenvermerk bezüglich der Kostenfrage der Leitungsverlegungen. Hier heißt es, daß es strittig sei, auf wessen Kosten diese Leitungsverlegungen am Brückenkopf bzw. nach Abbruch der Brücke getragen werden. Ich möchte nur die Frage stellen, ob hier bereits eine Regelung getroffen wurde, wer diese Leitungsverlegung bezahlt. Müssen die Interessenten selbst aufkommen für die entstehenden Kosten oder gibt es eine andere Regelung?

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wenn das eine Anfrage ist, so werden wir Herrn Magistratsdirektor als Rechtskundigen unter uns befragen, ob er dazu eine Meinung äußern kann.

MAGISTRATSDIREKTOR OBERSENATSRAT DR. JOHANN EDER:

Die Leitungen sind bereits verlegt und wir verhandeln jetzt mit den einzelnen Leitungsträgern. Die Post wird wahrscheinlich die Kosten übernehmen, mit der OKA ist die Frage noch offen und das Gaswerk, da müssen wir entscheiden, denn das Gaswerk gehört ohnedies uns.

Aber die Frage der Leitungsrechte im öffentlichen Gut ist ein sehr heikles Rechtskapitel und es läßt sich von heute auf morgen nie eine klare Aussage machen. Da ist jeder Fall zu prüfen und auch zu verhandeln. Es wird vielleicht einmal zu einem Musterprozeß mit der OKA oder irgend

einer anderen Institution kommen, um hier eine Klärung herbeizuführen. Aber in dem Fall ist es keineswegs so weit, daß wir an einen Prozeß denken, das wird wahrscheinlich einvernehmlich, wie immer, geregelt werden.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Gut, damit ist auch diese Frage beantwortet. Zum Antrag selbst müssen wir abstimmen. Wer für den Antrag, den Kollege Wippersberger gestellt hat, stimmt, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Ich stelle Einstimmigkeit fest. Ich darf um den nächsten Antrag bitten.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag befaßt sich mit der Neufestsetzung der Müllabfuhr nach Straßen und der Müllabfuhrzeiträume.

Letztmalig am 1. 9. 1953 wurde mit Verordnung diese Sache geregelt. Seit 1953, wo mehr als 20 Jahre vergangen sind, sind größere Veränderungen durch bauliche Maßnahmen, meist durch Neubauten, eingetreten, sodaß sich nunmehr die Notwendigkeit ergibt, den neuen Gegebenheiten Rechnung zu tragen und eine neue Fassung aufzulegen. Diese ist Ihnen zugegangen und ich darf mich begnügen, Ihnen den Antrag vorzulesen.

38) ÖAG-1291/74

Müllabfuhr

Neufestsetzung der Müllabfuhr nach Straßen und der Müllabfuhrzeiträume.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemäß dem Amtsbericht der Magistratsdirektion vom 1. 3. 1974 wird die Neufestsetzung der Müllabfuhr nach Straßen und der Müllabfuhrzeiträume

in der Fassung der Beilage genehmigt. (BEILAGE B).

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wortmeldungen dazu? Keine. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Keine. Ich darf die Einstimmigkeit des Beschlusses feststellen.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag befaßt sich mit der Ergänzung der Gemeinderatsbeschlüsse, betreffend das Asphaltierungsprogramm 1973. Es ist ein Antrag des Stadtsenates und hat folgenden Wortlaut:

39) Bau3-5512/72

Ergänzung der Gemeinderatsbeschlüsse, betreffend das Asphaltierungsprogramm 1973.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit den Gemeinderatsbeschlüssen vom 19. 6. 1973 und 31. 1. 1974 wurde zur Durchführung des Asphaltierungsprogrammes 1973 insgesamt ein Betrag von S 7.070.000,- zur Verfügung gestellt.

Auf Grund des Amtsberichtes des städtischen Wirtschaftshofes vom 18. 2. 1974 hat die Endabrechnung eine Überschreitung dieses Betrages um

S 103.978,--

(Schilling einhundertdreitausendneuhundertachtundsiebzig)

ergeben.

Der genannte Betrag wird hiermit als überplanmäßige Ausgabe bei

VP 664-52 oH, Rechnungsjahr 1973, bewilligt. Die Deckung hat aus Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche um Annahme.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wünscht hier jemand das Wort? Keine Wortmeldung. Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? Keine, daher Einstimmigkeit.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ein weiterer Antrag betrifft die Ergänzung der Gemeinderatsbeschlüsse, betreffend Umbauarbeiten im städtischen Wirtschaftshof im Zusammenhang mit dem Einbau von WC- und Brauseanlagen.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

40) Bau5-5796/73

Ergänzung der Gemeinderatsbeschlüsse, betreffend Umbauarbeiten im städtischen Wirtschaftshof im Zusammenhang mit dem Einbau von WC- und Brauseanlagen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit den Gemeinderatsbeschlüssen vom 20.9.1973 und 13.12.1973 wurden insgesamt S 340.000,- zur Durchführung verschiedener Umbauarbeiten im städtischen Wirtschaftshof bewilligt.

Die Endabrechnung (siehe Amtsbericht der MA VII vom 18.2.1974) hat eine Überschreitung dieses Betrages um

S 74.883,70

(Schilling vierundsiebzigtausendachthundertdreiundachtzig 70/100)

ergeben.

Die genannte Summe wird hiermit als außerplanmäßige Ausgabe bei VP 727-92, Rechnungsjahr 1973, bewilligt. Die Deckung ist aus Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu nehmen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Danke für diesen Bericht. Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? Auch nicht. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der letzte Antrag, ebenfalls ein Antrag des Stadtsenates, betrifft die Durchführung von laufenden Straßenerhaltungsarbeiten in Gleink, Stein und Winkling.

41) Bau3-1142/74

Durchführung von laufenden Straßenerhaltungsarbeiten in Gleink, Stein und Winkling.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 19.2.1974 wird zur laufenden Straßenerhaltung in den Ortsteilen Gleink, Stein und Winkling durch die Mag. Abt. VII der Betrag von

S 270.000,-

(Schilling zweihundertsiebzigtausend)

bei VP 664-51 oH freigegeben.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke für den letzten Bericht. Wünscht vielleicht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich darf Sie um ein Zeichen mit der Hand bitten, wenn Sie dem Antrag beitreten. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Einstimmig angenommen.

Bitte, Herr Kollege Fritsch!

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Gemäß § 15 der Geschäftsordnung erlaube ich mir, eine schriftlich formulierte Anfrage an den Herrn Bürgermeister zu richten.

In der Informationssitzung des Gemeinrates am 14. 3. 1974 wurde erklärt, daß bis zur endgültigen Errichtung des geplanten, im Voranschlag 1974 bereits präliminierten, Sandmayrsteges der Personenverkehr in diesem Bereich zwischen dem rechten und dem linken Ennsufer mittels einer provisorischen Überfuhr in Erwägung gezogen wird. Eine kurze, zeit- und energiesparende Verbindung der beiden durch die Enns getrennten Wohn- und Arbeitsgebiete scheint unbedingt vonnöten, wobei auch das Problem einer eventuell vorgesehenen Schulsprengeländerung im Pflichtschulbereich von der erwähnten Verbindung abhängt. Ich darf daher den Herrn Bürgermeister befragen, ob zur provisorischen Errichtung der genannten Überfuhr bereits zielführende Vorverhandlungen technischer, materieller und personeller Art gepflogen wurden und bis wann mit einer Inbetriebnahme dieser Fähre voraussichtlich zu rechnen sein wird.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wir werden Ihre Anfrage in der nächsten Sitzung behandeln.

Herr Gemeinderat Holub bitte!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ich darf ebenfalls, laut § 15 der Geschäftsordnung, eine Anfrage stellen, und zwar:

In der letzten Informationssitzung des Gemeinderates äußerte die überwiegende Mehrheit seiner Mitglieder die Ansicht, daß der Bebauungsplanentwurf Waldrandsiedlung in seiner derzeitigen Form nicht den Zielvorstellungen des Gemeinderates entspricht. Es wurde der Meinung Ausdruck verliehen, daß eine Aufteilung des gemeindeeigenen Grundbesitzes in einzelne Parzellen und eine Bebauung in offener Bauweise, die einer individuellen Gestaltungsmöglichkeit einen gewissen Spielraum läßt, zweckmäßiger wäre als die im Entwurf vorgesehene Bebauungsart.

Da weite Kreise der Bevölkerung dieses Projekt mit Aufmerksamkeit verfolgen und nachweisbar bereits Bewerber für solche Grundstücke vorhanden wären, gestatte ich mir die Anfrage, ob der Herr Bürgermeister bereits einen Auftrag zur Umarbeitung des Bebauungsplanentwurfes im Sinne der Intentionen des Gemeinderates erteilt hat.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Herr Gemeinderat, Sie könnten sich diese Anfrage schriftlich ersparen, ich kann Ihnen jetzt schon antworten, daß dieser Auftrag bereits bei der Planungsstelle eingelangt ist und dort bereits deponiert ist.

Meine Damen und Herren!

Wir sind, nachdem sich keine Wortmeldung mehr ergibt, am Ende unserer Sitzung angelangt. Ihre Beschlüsse umfassen heute einen Betrag von S 33, 467. 000, -.

Ich darf noch ergänzen, daß trotz der Erkrankung des Kollegen Fürst, der im Fürsorgeausschuß als zuständiger Referent voraussichtlich Vor-

sitzender wird - die Konstituierung hat erst stattzufinden - am 2. die Sitzung des Wohlfahrtsausschusses aufrecht bleibt. Bitte das zu registrieren, damit nicht die Meinung entsteht, daß wegen der Erkrankung des Kollegen Fürst die Sitzung nicht abgewickelt wird.

Damit sind wir am Ende der Sitzung angelangt. Ich danke den Bericht-erstattem und Ihnen für Ihre Be-schlußfassungen. Danke.

Ende der Sitzung: 17.35 Uhr.

DER VORSITZENDE:

Franz Weiss e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Amtsrat Walter Radmoser e. h.
VB Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Johann Knogler e. h.
Erich Mayrhofer e. h.